



**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

Finanzinstrumente im kommunalen Gefüge –
Ein Beispiel einer praxisorientierten Anlagerichtlinie

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Sina Wildhagen

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachter: Prof. W. Buttler

Zweitgutachter: Bürgermeister M. Dürr

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis.....	VI
Anlagenverzeichnis	VII
1 Einleitung	1
1.1 Fragestellung und Zielsetzung der Arbeit.....	1
1.2 Aufbau und Hinweise	2
2 Geldanlagen im Allgemeinen	3
3 Geldanlagen im kommunalen Haushaltsrecht.....	6
3.1 Definition Vermögen.....	6
3.2 Abgrenzung der Begriffe Kassenmittel, liquide Mittel und Geldanlage.....	7
3.3 Rechtliche Limitierungen	8
3.3.1 Bedingte Anlagepflicht	9
3.3.2 Sicherheit.....	9
3.3.3 Angemessener Ertrag.....	12
3.3.4 Liquidität	13
3.3.5 Geldanlagen in Investmentfonds	14
3.4 Beurteilung der geltenden Rechtsvorschriften.....	15
4 Übersicht über verschiedene Finanzprodukte und deren Beurteilung	16
4.1 Einlagen bei Banken	16
4.1.1 Sichteinlagen	16
4.1.2 Tagesgeldkonten	17
4.1.3 Termingelder.....	17

4.1.4	Spareinlagen.....	18
	Exkurs: Euribor-Sparen/ Besondere Verzinsungsarten von Spareinlagen.....	18
4.2	Wertpapiere.....	19
4.2.1	Anleihen.....	20
4.2.2	Aktien.....	23
4.2.3	Investmentfonds	23
4.3	Immobilieninvestments.....	24
4.3.1	Direkte Immobilienanlage	25
4.3.2	Immobilienfonds.....	25
4.4	Derivative Finanzinstrumente.....	26
5	Ausgestaltung von Anlagerichtlinien	28
5.1	Anlageziele.....	28
5.2	Anlageuniversum	29
5.3	Anlagenstruktur	30
5.4	Anlagegrundsätze	30
5.4.1	Zuständigkeiten	30
5.4.2	Grundsätzliche Limitierungen	32
5.5	Art und Umfang des Überwachungs- und Berichtssystems	34
5.6	Zyklus zur Überprüfung der Anlagerichtlinien.....	35
6	Zuständigkeiten für die Erstellung der Anlagerichtlinie	35
7	Anwendung von Anlagerichtlinien in anderen Bereichen	36
7.1	Versicherungen	36
7.2	Kirchen	38
7.3	Stiftungen	41
8	Situation in Neckarwestheim.....	42

8.1	Gemeindeporträt	43
8.2	Bürgerstiftung.....	44
8.3	Aktuelle Summe der Geldanlagen und Ausgestaltung des Portfolios	45
9	Beispielhafte Anlagerichtlinien der Gemeinde Neckarwestheim	47
10	Fazit	52
Anlagen	53
Literaturverzeichnis		81
Erklärung nach § 36 APrO		85

Abkürzungsverzeichnis

Abs	Absatz
Art	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
DAX	Deutscher Aktienindex
DM	Deutsche Mark
EAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
EU	Europäische Union
Euribor	Euro Interbank Offered Rate
f.	Folgende
ff.	Fortfolgende
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Baden-Württemberg
GemKVO	Gemeindekassenverordnung Baden-Württemberg
GemO	Gemeindeordnung Baden-Württemberg
GG	Grundgesetz
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
i.V.m.	in Verbindung mit
LV BW	Landesverfassung Baden-Württemberg
S & P	Standard and Poor`s
S.	Seite
StiftG	Stiftungsgesetz Baden-Württemberg
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VDAX	Volatilitätsindex des Deutschen Aktienindex

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Grafische Darstellung der Anlegerziele	3
Abbildung 2:	Zinsstrukturkurve öffentlicher Pfandbriefe nach Restlaufzeiten	13
Abbildung 3:	Übersicht über verschiedene Bundeswertpapiere	21
Abbildung 4:	Schematische Darstellung der Abwicklung eines Investmentfonds	24
Abbildung 5:	Schematische Darstellung eines Zins-Swaps zur Absicherung von Zinsrisiken eines Kreditgeschäfts	27
Abbildung 6:	Rating-Skalen und deren Definition	32
Abbildung 7:	Klassifizierung der Anlageprodukte durch die Evangelisch-reformierte Kirche und die	
	zulässigen Anteile am Finanzvermögen	39
Abbildung 8:	Wappen der Gemeinde Neckarwestheim	42
Abbildung 9:	Anteile der jeweiligen Zinsvereinbarungen an der Gesamtsumme der Geldanlagen	46

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Anlagerichtlinie für die Gemeinde Neckarwestheim	53
Anlage 2: Hauptsatzung der Gemeinde Neckarwestheim	57
Anlage 3: Satzung der Bürgerstiftung Neckarwestheim	62
Anlage 4: Anlagerichtlinie der Evangelisch-reformierten Kirche	65
Anlage 5: Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2002 bis 2011	68
Anlage 6: Grundsätze der Landeregierung.....	72
Anlage 7: Kassenkredite der öffentlichen Haushalte	73
Anlage 8: Übersicht Bundeswertpapiere	74
Anlage 9: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung	76
Anlage 10: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung	76
Anlage 11: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung	77
Anlage 12: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung	78
Anlage 13: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung	80

1 Einleitung

1.1 Fragestellung und Zielsetzung der Arbeit

Wer erfolgreich Geld auf den Finanzmärkten anlegen will, muss strukturiert und zielorientiert vorgehen. Dies gilt für private Anleger wie auch für Institutionen. In vielen Organisationen, beispielsweise Versicherungen, Kirchen und Stiftungen, werden zu diesem Zweck Anlagerichtlinien erlassen. Sie fixieren die verfolgte Anlagepolitik, definieren die Risikobereitschaft der jeweiligen Anleger und dienen als Leitfaden für Anlageentscheidungen.

Obwohl § 22 Abs3 Gemeindehaushaltsverordnung Baden-Württemberg (GemHVO) auch für Gemeinden, die in Investmentfonds mit Aktienanteilen langfristig Geld anlegen wollen, Anlagerichtlinien vorschreibt, ist der Erlass einer solchen in der Kommunalverwaltung noch nicht gängige Praxis. Dies resultiert aus der Tatsache, dass für die meisten Kommunen keine gesetzliche Notwendigkeit besteht, da sie lediglich kurz- bis mittelfristige Finanzanlagen tätigen können. Betrachtet man die Eckdaten zur Entwicklung der Kommunalfinanzen, die regelmäßig vom Bundesministerium für Finanzen veröffentlicht werden, so zeigt sich, dass sich zwar die Steuereinnahmen seit 2002 positiv entwickelt haben, jedoch auch die Ausgaben gestiegen sind. Die Finanzierungssalden¹ zeigen ebenfalls eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu 2009 und 2010, sind jedoch noch immer negativ.²

Dennoch sollten Anlagerichtlinien auch in der Kommunalverwaltung einen höheren Stellenwert einnehmen. Zum Einen gibt es Städte und Gemeinden, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um Teile davon über einen längeren Zeitraum gebunden anlegen zu können, zum

¹ Bereinigte Einnahmen abzüglich bereinigter Ausgaben.

² Vgl. URL: [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/Eckdaten% 20-zur-Entwicklung.pdf?__blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/Eckdaten%20zur-Entwicklung.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [01.09.2012].

Anderen können auch finanzschwache Kommunen von derartigen Regelungen profitieren. So kann eine verschlechterte Haushaltslage dazu führen, dass ein strikter Konsolidierungskurs angestrebt wird und Investitionen nur verhalten angegangen werden. Dies kann eine kurz- bis mittelfristige Überliquidität mancher Kommunen nach sich ziehen. Vorgaben über die Verfahrensweise bei kurz- und mittelfristigen Geldanlagen können ebenfalls in die Anlagerichtlinie aufgenommen werden und können so zu einer Vereinfachung der Verwaltungsabläufe führen.

Für Kommunen, die eine Anlagerichtlinie erlassen wollen, stellt sich jedoch häufig die Frage, wie eine inhaltliche Ausgestaltung erfolgen soll. Beispiele aus der kommunalen Praxis sind kaum vorhanden und auch die kommunalen Spitzenverbände sowie die Prüfungsbehörden verfügen über wenig Erfahrung in diesem Bereich. Die vorliegende Arbeit befasst sich daher mit der Frage, welche Regelungen getroffen werden müssen und sollten sowie ob aus anderen Bereichen Orientierungshilfen vorhanden sind.

Außerdem soll explizit auf die Gemeinde Neckarwestheim eingegangen werden, die seit Jahren positive Finanzierungssalden aufweist und größere Geldbeträge zur langfristigen Anlage zur Verfügung hat. Um die vorhandenen Mittel bestmöglich einzusetzen, die Verwaltung zu entlasten und insbesondere den rechtlichen Anforderungen zu genügen, soll eine Anlagerichtlinie erlassen werden, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen des Erlasses für Investmentfonds mit Aktienanteil hinausgeht.

1.2 Aufbau und Hinweise

Um mit dieser Arbeit auch anderen Gemeinden eine Hilfestellung zu geben und einen ganzheitlichen Blick auf zulässige Finanzinstrumente im kommunalen Gefüge zu ermöglichen, sollen zunächst die Rahmenbedingungen für kommunale Geldanlagen erläutert werden und

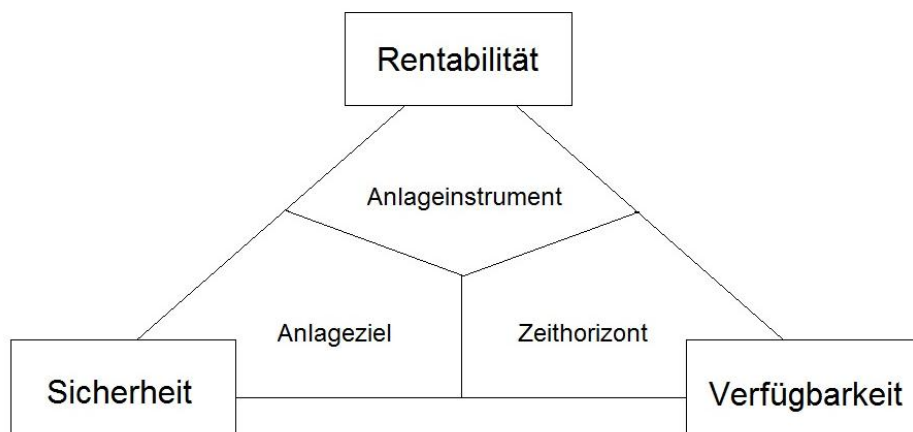
eine kurze Beurteilung der gängigsten Anlageprodukte erfolgen. Weiterhin sollen der grundsätzliche Aufbau einer Anlagerichtlinie und die verschiedenen Anwendungsbereiche aufgezeigt werden. Durch diese Betrachtung sollen Beispiele und Anregungen aus anderen Zweigen der Finanzverwaltung gegeben werden, um den Erlass einer Anlagerichtlinie für Kommunen zu erleichtern. Abschließend soll die Lage in der Gemeinde Neckarwestheim beschrieben und eine auf deren Bedürfnisse angepasste Anlagerichtlinie erarbeitet werden.

Werden im Text Gesetze ohne nähere Erläuterungen genannt, ist in Baden-Württemberg geltendes Recht gemeint.

2 Geldanlagen im Allgemeinen

Auf dem Kapitalmarkt gibt es eine Vielzahl von Anlageformen. Diese reichen von Sparkonten und –briefen über Wertpapiere und Finanzderivate bis hin zu anderen Anlageformen wie Immobilien.³ Um die für den jeweiligen Anleger geeignetste zu ermitteln, müssen die Nutzen-, Zeitraum- und Risikopräferenzen analysiert und in Verhältnis zueinander gebracht werden. Im Allgemeinen gibt es drei wichtige Anlegerziele, die in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen.

Abbildung 1: Grafische Darstellung der Anlegerziele



Quelle: eigene Darstellung nach Foitzik et al. (2011), S. 61.

³ Vgl. Bacher (2011) S. 143.

Das Bedürfnis nach Sicherheit einer Geldanlage ist gleichbedeutend mit einem Risikovermeidungswillen. Das Kapital, das für eine Geldanlage verwendet wurde, soll erhalten bleiben.

Um die einzelnen Aspekte des Sicherheitsbedürfnisses näher beurteilen zu können, sind fünf Risikoarten zu unterscheiden. Das Verlustrisiko beschreibt die Gefahr, die Kapitalanlage als solche teilweise oder im Ganzen zu verlieren. Ein solcher Verlust könnte beispielsweise durch die Insolvenz eines Wertpapieremittenten oder durch unseriöse freie Anlagevermittler verursacht werden. Der „Graue Kapitalmarkt“⁴ sollte von Kommunen generell gemieden werden. Ratsam ist es, Geldanlagen nur bei Instituten zu tätigen, die über ein Einlagen- oder Institutssicherungssystem verfügen.⁵

Unter Kursrisiko versteht man, dass der Einkaufskurs vom Verkaufskurs mehr oder weniger stark abweicht. Bei festverzinslichen Wertpapieren ist diese Gefahr sehr limitiert, bei variabel verzinsten Finanzinstrumenten wie Aktien jedoch sehr hoch.⁶

Die Gefahr einen geringeren Ertrag als erwartet zu realisieren, beschreibt das Ertragsrisiko. Ein solches ist ausschließlich bei variabel verzinsten Wertpapieren gegeben. Ein Währungsrisiko entsteht nur bei Geldanlagen, die in fremden Währungen getätigt werden. Hier wäre es möglich, dass der Kurs der Fremdwährung nach Tätigen der Anlage im Gegensatz zum

⁴ Während der Graue Kapitalmarkt in der öffentlichen Diskussion oftmals in Verbindung mit unseriösen Anlageangeboten und teils betrügerischen Geschäften gebracht wird, hat ihn die Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 14/1633 neutral als „nicht-regulierten bzw. nicht spezial-gesetzlich regulierten Teil des Kapitalmarkts“ bezeichnet. Hagemann zählt zu den Eigenschaften des Grauen Kapitalmarktes, dass er außerbörslich ist und aus zahlreichen Einzelmärkten besteht. Außerdem ist er offen für neue Anlageformen und diese sind im Regelfall nicht wertpapiermäßig verbrieft.

⁵ Vgl. May (2009), S. 6. Zur Einlagensicherung siehe Kapitel 3.3.2.

⁶ Vgl. May (2009), S. 6.

Euro fällt, beim Rücktausch des Anlagekapitals müssten dementsprechend Wertverluste hingenommen werden.⁷

Bei Geldwertanlagen⁸ besteht außerdem ein Inflationsrisiko. Die Wertminderung durch Kaufkraftverlust kann bei entsprechendem Zinsertrag ausgeglichen werden.⁹

Grundsätzlich wird auf offenen Märkten zur Beurteilung der Sicherheit einer Kapitalanlage die Volatilität herangezogen. Diese ist ein Maß für die Veränderungen einer Zeitreihe. Unter Verwendung der Standardabweichung wird die Schwankungsbreite von Renditen im langfristigen Durchschnitt gemessen. Maßeinheit der Volatilität ist Prozent pro Jahr, auch wenn kürzere Zeiträume betrachtet werden. Umso höher die errechnete Volatilität eines Finanzproduktes, desto höher ist das Risiko von Kursschwankungen. Diese können zwar sowohl negativ als auch positiv ausfallen, stellen jedoch in jedem Fall ein hohes Maß an Unsicherheit für den Anleger dar.¹⁰

Die heute meist maßgebliche Volatilität ist die implizite. Sie beschreibt die am Optionsmarkt vermutete Schwankungsbreite. Davon zu unterscheiden ist die historische Volatilität, welche aufgrund geschichtlicher Daten die künftigen Schwankungen ableitet. Für den Deutschen Aktienindex gibt es bereits seit 1994 den sogenannten VDAX¹¹, der die Schwankungsbreiten des Deutschen Aktien Index angibt.¹²

Neben der Sicherheit einer Anlage ist die Rentabilität ein wichtiges Ziel. Sie beschreibt den Gewinn einer Investition bezogen auf das angelegte Kapitalvolumen. Gemessen wird die Rentabilität mittels der Rendite, die das prozentuale Ergebnis der Gesamterträge in Bezug zum eingesetzten

⁷ Vgl. May (2009), S. 7.

⁸ Siehe Kapitel 4.

⁹ Vgl. May (2009), S. 7.

¹⁰ Vgl. Bacher (2011), S. 145.

¹¹ Volatilitätsindex des deutschen Aktienindex.

¹² Vgl. Bacher (2011), S. 146.

Kapital abzüglich der Kosten beschreibt.¹³ Sie ergibt sich aus verschiedenen Elementen, zum einen aus der Verzinsung, die je nach Anlageart fest oder variabel ist. Falls die Anlage am Markt gehandelt wird, wird die Rendite zum anderen durch Kursgewinne oder –verluste bestimmt.¹⁴ Negativ wirken sich auch anfallende Kosten und Gebühren aus. Vor Eingehen einer Geldanlage sollten diese Faktoren ebenfalls analysiert und in die Entscheidung einbezogen werden.¹⁵

Die Liquidität als weiteres Anlegerziel beschreibt die Verfügbarkeit des investierten Geldes, also wie schnell die Kapitalanlage wieder in Bargeld umgewandelt werden kann. Anlageformen, wie Immobilien und langfristige Einlagen besitzen eine geringe Liquidität, Bargeld und viele Wertpapiere, vorausgesetzt sie werden börsentäglich gehandelt, sind sehr leicht liquidierbar.¹⁶

3 Geldanlagen im kommunalen Haushaltsrecht

Im Folgenden soll zunächst der Begriff des Gemeindevermögens näher betrachtet und eine Abgrenzung der Geldanlagen zu den Kassenmitteln vorgenommen werden, da diese Definitionen die Grundlage der weiteren Untersuchung bilden. Außerdem sollen die gesetzlichen Restriktionen für Geldanlagen im kommunalen Umfeld analysiert und soweit möglich, nominell erfasst werden.

3.1 Definition Vermögen

Im neuen Kommunalen Haushaltsrecht gibt es keine eindeutige Definition des Gemeindevermögens. Da die Vorschriften über die Veräußerung und den Erwerb von Vermögen Anwendung auf alle Vermögensgegenstände finden, sind zum Vermögen die Positionen der Aktivseite der kommunalen

¹³ Vgl. Bacher (2011), S. 147.

¹⁴ Vgl. May (2009), S. 7.

¹⁵ Vgl. May (2009), S. 8.

¹⁶ Vgl. Bacher (2011), S. 146.

Bilanz zu zählen.¹⁷ In der Bilanz ist das Vermögen gemäß § 52 Abs3 GemHVO in Immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzvermögen gegliedert.

3.2 Abgrenzung der Begriffe Kassenmittel, liquide Mittel und Geldanlage

Im Allgemeinen wird unter dem Begriff der Geldanlage die zielgerichtete Investition von Geldbeträgen zur Erzielung eines Wertzuwachses verstanden. Im Sinne des § 22 Abs3 GemHVO gelten Finanzmittel, die aus dem Kassenbestand der Gemeinde ausgeschieden sind und mittel- bis langfristig nicht für Auszahlungen benötigt werden, als Geldanlage. Auch Finanzierungsreserven gemäß § 61 Nr.15 GemHVO zählen zu den Geldanlagen.¹⁸ Dabei handelt es sich um tatsächlich vorhandene liquide Mittel, die der Finanzierung von Investitionen dienen sollen.

Im weiteren Sinne sind zu den Geldanlagen auch kurz- bis mittelfristig angelegte liquide Mittel zu zählen. Diese Einlagen müssen ebenfalls aus den Kassenmitteln ausgeschieden sein. Es handelt sich dabei um sogenannte gebundene Rücklagenmittel, diese Gelder werden nicht als Betriebsmittel der Kasse benötigt, sind jedoch im fünfjährigen Finanzplanungszeitraum für Auszahlungen vorgesehen.

Mittel- und langfristige Geldanlagen sind unter der Nummer 1.3.5 „Wertpapiere“ aufzuführen. Dabei handelt es sich um in Form einer Urkunde verbriefte Vermögensrechte, für deren Ausübung der Besitz der Urkunde Voraussetzung ist.¹⁹ Unter dieser Bilanzposition werden im kommunalen Wirtschaftsrecht sowohl Wertpapiere des Umlauf- wie auch des Anlagevermögens zusammengefasst. Laut Kontenrahmen Baden-

¹⁷ Vgl. Ade et al. (2011), S. 435.

¹⁸ Vgl. Ade et al.: 4.1 Allgemeines (2012), Online im WWW unter URL: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl4.gl1.htm [14.08.2012].

¹⁹ Ade et al. (2011), S.443.

Württemberg²⁰ gehören zur Kontengruppe 14 „Wertpapiere und sonstige Einlagen“ Investmentzertifikate, Kapital- und Geldmarktpapiere, Finanzderivate, sonstige Wertpapiere sowie sonstige Einlagen. Sonstige Einlagen sind beispielsweise Termin- und Spareinlagen, Ratensparverträge und Sparbücher.

Geldmarkt- beziehungsweise Girokonten zählen insoweit nicht zu den Geldanlagen, als dass die Kapitalbestände, die sich auf solchen Konten befinden, auch weiterhin für den laufenden Zahlungsverkehr verfügbar. Es handelt sich um Kassenmittel gemäß § 18 Abs1 S.2 GemKVO. Die sofort verfügbaren Sichteinlagen gehören zur Bilanzposition 1.3.9 „Liquide Mittel“. Der Geltungsbereich einer Anlagerichtlinie sollte sich jedoch auch auf Kassenmittel, die im Rahmen der laufenden Geschäfte nicht benötigt und kurzfristig angelegt wurden, erstrecken, um auch hier eine vereinfachte und einheitliche Vorgehensweise zu ermöglichen.

3.3 Rechtliche Limitierungen

Die auch nach der Einführung der Kommunalen Doppik geltenden Anforderungen an die Anlage liquider Mittel – sicher, Ertrag bringend, rechtzeitig greifbar²¹ – sind in der neuen Fassung des Gemeindewirtschaftsrechts an verschiedenen Stellen in den §§ 89 Abs1, 91 Abs2 S.2 GemO und § 22 Abs1 GemHVO sowie § 18 Abs1 GemKVO genannt. Diese Anforderungen sind mit den oben genannten allgemeinen Anlegerzielen weitgehend identisch, jedoch lässt sich durch die rechtlichen Restriktionen eine deutliche Gewichtung der einzelnen Punkte erkennen, wodurch ein stetiges Spannungsfeld von Zielkonflikten generiert wird.

Die Gemeinden selbst sind gehalten, innerhalb dieses Zielsystems geeignete Lösungen für ihre Kapitalanlage zu finden. Die Landesregierung sieht von der Schaffung konkreter Verbotsnormen ab, da die

²⁰ Vgl. URL: <http://www.nkhr-bw.de/servlet/PB/menu/1167907/index.html> [18.08.2012].

²¹ Vgl. § 21 Abs1 S.1 GemHVO alte Fassung, gültig von 31.08.2001 bis 31.12.2009.

Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen nach Art. 28 Abs2 GG, Art. 71, 75 LV nicht angegriffen werden soll.²²

Im Folgenden werden die einzelnen Aspekte genauer betrachtet und wichtige Faktoren zur Sicherstellung der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben angeführt.

3.3.1 Bedingte Anlagepflicht

Aus dem in § 77 Abs2 GemO festgehaltenen Grundsatz der wirtschaftlichen Haushaltsführung und dem in § 78 GemO normierten Grundsatz der Einnahmeerzielung resultiert eine bedingte Anlagepflicht. Auch da nach § 78 Abs1 GemO die Haushaltswirtschaft der Gemeinde so geplant und geführt werden muss, dass die stetige Aufgabenerfüllung gesichert ist, sollen die auf absehbare Zeit nicht benötigten liquiden Mittel möglichst ertragswirksam angelegt werden.²³ Eine langfristige Aufbewahrung von nicht benötigten Geldern auf schlecht verzinsten Girokonten ist daher nicht erwünscht.

3.3.2 Sicherheit

Die Sicherheit einer Geldanlage hat gemäß § 91 Abs2 S.2 GemO den Vorrang vor der Erzielung eines möglichen Ertrags. Diese Priorisierung trägt der Tatsache Rechnung, dass die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Geldmittel Gelder der Steuerzahler sind. Mit dieser Regelung sollen spekulative Finanzgeschäfte, die zulasten der Sicherheit einen hohen Ertrag generieren, ausgeschlossen werden.²⁴

²² Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/1571.

²³ Vgl. Ade et al. (2011), S. 438f.

²⁴ Vgl. Ade et al.: 4.2.1 Sicherheit hat Vorrang (2012), Online im WWW unter URL: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl4.gl2.gl1.htm [14.08.2012].

Gesetzlich sind keine genauen Bestimmungen über die Beurteilung der Sicherheit einer Geldanlage getroffen worden.²⁵ Mündelsicherheit²⁶ gemäß § 1807 BGB muss nicht gegeben sein. Die geforderte ausreichende Sicherheit bezieht in jedem Fall mit ein, dass die Kommune bei realistischer Betrachtung davon ausgehen kann, dass die Geldanlage während der Anlagedauer keinen Substanzverlust erfährt.

Um die Sicherheit eines Finanzinstrumentes sachgerecht beurteilen zu können, darf nicht nur die Art der Geldanlage betrachtet werden, sondern auch das Kreditinstitut, bei dem die Anlage getätigt werden soll beziehungsweise der Emittent des Vermögenspapiers. Bei dieser Betrachtung ist insbesondere die Kreditwürdigkeit des potenziellen Vertragspartners von Bedeutung. Daher soll in Kapitel 5.4 näher auf Bonitätsratings eingegangen werden. Auch die in Kapitel 2 genannte Volatilität kann die Einschätzung einer Geldanlage vereinfachen.

Für die Auswahl des richtigen Kreditinstitutes ist es unabdingbar, einen Blick auf das System der Einlagensicherung bei deutschen Banken zu werfen. Laut Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) sind Geldanlagen bis zu einem Wert von 100.000 Euro gesichert. Diese Regelung gilt jedoch ausschließlich für Privatanleger und Firmenkunden, nicht jedoch für kommunale Gebietskörperschaften, § 3 Abs2 Nr.4 EAEG.

Das gesetzliche System wird bei einigen Banken durch freiwillige Maßnahmen der Einlagensicherung ergänzt. Hierzu gehört der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken. Die Institute, die diese zusätzliche Sicherung bieten, zahlen jährlich einen vom

²⁵ Auf die Restriktionen für Geldanlagen in Investmentfonds wird in Kapitel 3.3.5 eingegangen.

²⁶ Mündelsicherheit beschreibt die Anforderungen, die eine Geldanlage erfüllen muss, in die ein Vormund Geld seines Mündels investiert. § 1807 Abs1 BGB nennt als mündelsichere Anlagen unter anderem die Geldanlage in Forderungen, die durch eine Hypothek an einem inländischen Grundstück gesichert sind oder in Pfandbriefe beziehungsweise verbriefte Forderungen, die sich gegen kommunale Gebietskörperschaften richten.

Geschäftsvolumen und der Bonität abhängigen Beitrag in den Fonds ein. Diese Zahlungen garantieren einen Schutz der Geldanlagen bis zu einem Betrag in Höhe von dreißig Prozent des maßgeblichen haftenden Eigenkapitals der jeweiligen Bank.²⁷

Weiterhin gibt es das Sicherungssystem der Sparkassen. Die Institutssicherung²⁸ dieser Anstalten des öffentlichen Rechts besteht unter anderem aus regionalen Sparkassenstützungsfonds, die sich zu einem Haftungsverbund zusammengeschlossen haben.²⁹ Außerdem existiert eine Sicherungsreserve der Landebanken beziehungsweise Girozentralen sowie der Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wenn die Unterstützung einer Sparkasse notwendig ist, kann dieser über die zuständige Sicherungseinrichtung Eigenkapital zugeführt, Bürgschaften sowie verzinsliche Schuldversprechen gewährt werden oder Ansprüche Dritter werden direkt beglichen. Sollte ein regionaler Stützungsfonds erschöpft sein, so greift das überregionale Überlaufsystem zwischen den weiteren Sicherungsfonds.³⁰

Die Sicherungseinrichtung der Genossenschaftsbanken, zu denen auch die Volks- und Raiffeisenbanken zählen, ist ein Garantiefondssystem, das ebenfalls die Institutssicherung zum Ziel hat.³¹ Gemäß § 17 des Statuts der Sicherungseinrichtungen des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken werden als Deckungsmaßnahmen zulasten des Garantiefonds Garantien, Bürgschaften, Zuschüsse und Darlehen übernommen, falls ein Institut nicht selbst in der Lage ist, wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden. Dessen ungeachtet ist es ratsam, vor Tätigen einer Geldanlage die Beschaffenheit der örtlichen Volks- und Raiffeisenbank zu prüfen.³²

²⁷ Vgl. Bigus/Leyens (2008), S. 8f.

²⁸ Diese Art von Sicherungssystem zielt nicht direkt auf die Sicherung der Einlagen ab, sondern soll Insolvenzen durch gegenseitige finanzielle Unterstützung verhindern.

²⁹ Vgl. Bacher (2011), S. 74.

³⁰ Vgl. Bigus/Leyens (2008), S. 8f.

³¹ Vgl. Gschwandtner (2008), S. 21 bzw. Bigus/Leyens (2008), S. 10.

³² Vgl. Ade et al. (2011), S. 441.

Banken, die dem Einlagensicherungsfonds der deutschen Banken angehören, Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind grundsätzlich für die Geldanlage kommunaler Investoren geeignet. Bei einem Geldinstitut, das keine freiwilligen Sicherungsmechanismen vorweisen kann, sollte von einer Geldanlage abgesehen werden.

3.3.3 Angemessener Ertrag

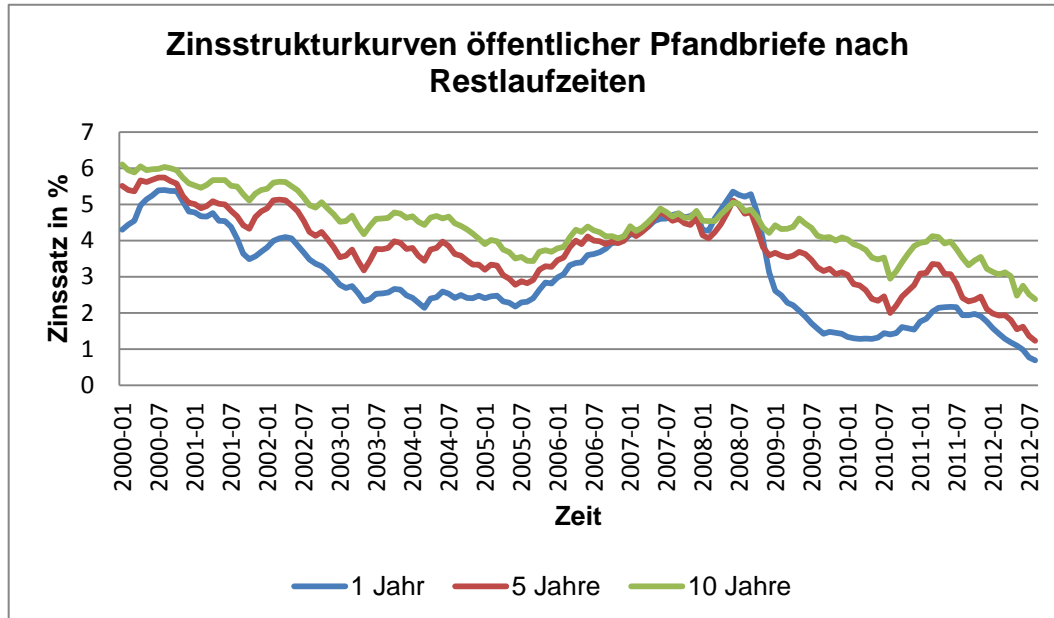
Die Forderung eines angemessenen Ertrags in § 91 Abs2 S2 GemO geht über die reine nominelle Kapitalerhaltung hinaus. Ein angemessener Ertrag liegt vor, wenn ein Inflationsausgleich erzielt werden kann, das Kapital der Anlage also seinen Geldwert behält, und sich ein allgemein üblicher Gewinn generiert. Als Maßstab muss hier eine Rendite für Anlageformen, die in erster Linie auf den Kapitalerhalt abzielen, herangezogen werden. Eine Fokussierung auf Anlageformen, die zwar eine deutlich höhere Rendite generieren können, jedoch spekulativer Natur sind, darf nicht erfolgen.³³ Mit der Formulierung eines „angemessenen“ Ertrages soll verdeutlicht werden, dass nicht der höchstmögliche Ertrag anzustreben ist und somit keine Anreize oder gar Notwendigkeit für riskante Geldanlagen geschaffen werden. Bei der aktuellen Zinsentwicklung ist es auch möglich, dass negative Realzinsen akzeptiert werden müssen, wenn ein anderes Ergebnis nur durch ein unverhältnismäßiges Risiko erreicht werden könnte. Diese Tatsache sollte auch in den örtlichen Gremien kommuniziert werden, um unbegründeten Vorwürfen gegenüber den zuständigen Mitarbeitern vorzubeugen.

Zur Ermittlung einer marktüblichen Rendite können die auf vielen Internetportalen angebotenen Übersichten genutzt werden. Zum Vergleich sollte der Effektivzins herangezogen werden. Um eine möglichst genaue Gegenüberstellung zu erlangen, müssen bei Wertpapieren der Ausgabe- und Rückgabekurs, der Zinssatz, die Laufzeit und eventuell anfallende Depot- und Maklergebühren mit einbezogen werden. Als

³³ Ade et al. (2011), S. 440.

Orientierungswert kann beispielsweise auch die Zinsentwicklung öffentlicher Anleihen oder Pfandbriefe herangezogen werden.

Abbildung 2: Zinsstrukturkurve öffentlicher Pfandbriefe nach Restlaufzeiten



Quelle: eigene Darstellung,

http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_list_node.html?listId=www_s140_it04a [29.08.2012].

3.3.4 Liquidität

Im Allgemeinen ist es den meisten Kommunen nicht möglich, große Geldbeträge über einen langfristigen Zeitraum gebunden anzulegen. Zu beachten ist stets, dass angelegte Beträge rechtzeitig wieder liquidierbar sein müssen, um zu verhindern, dass Kassenkredite aufgenommen werden müssen.³⁴ Wie § 18 Abs1 S3 GemKVO und § 22 Abs1 GemHVO ausführen, müssen liquide Mittel, die vorübergehend oder langfristig angelegt wurden, bei Bedarf verfügbar sein. In solchen Fällen gilt es abzuwägen, ob die Aufnahme eines Kassenkredites im Einzelfall günstiger ist als die Aufkündigung einer gut verzinsten Geldanlage. Eine langfristige Betrachtung der aufgenommenen Kassenkredite bei Kommunen zeigt,

³⁴ Vgl. Ade et al.: 4.2.3 Verfügbarkeit bei Bedarf (2010), Online im WWW unter URL: http://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl4.gl2.gl3.htm [12.08.2012].

dass sich die Summe seit Jahren konstant erhöht. Waren es im Jahr 1990 noch 618 Millionen Euro, so sind es 2010 bereits 39.206 Millionen Euro.³⁵

Gelder, die in einen Investmentfonds gemäß § 22 Abs3 GemHVO angelegt werden, dürfen während des Finanzplanungszeitraums von fünf Jahren nicht benötigt werden.

3.3.5 Geldanlagen in Investmentfonds

In § 22 Abs3 S1 GemHVO wird für langfristige Geldanlagen die Möglichkeit eröffnet, in Investmentfonds im Sinne des Investmentmodernisierungsgesetzes und in ausländische Investmentanteile, die gemäß dieses Gesetzes öffentlich vertrieben werden dürfen, zu investieren. Diese Gelder dürfen im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum nicht benötigt werden, um die Liquidität der Gemeinde sicherzustellen. Die Öffnung für Geldanlagen in Investmentfonds erfolgte im Jahr 2001, nach der Liberalisierung des Strommarktes. Viele Kommunen veräußerten ihre Beteiligungen an Stromversorgungsunternehmen und verfügten so über erhebliche Geldvermögensbestände. Die Finanzinstrumente, die den Kommunen zu diesem Zeitpunkt offen standen, hatten jedoch ein sehr schlechtes Zinsniveau. Da zu diesem Zeitpunkt mit Aktien sehr hohe Renditen möglich waren, wurde auf Forderungen aus der Praxis hin eine Gesetzesänderung vorgenommen.³⁶ Die vorgenommen Anpassungen orientieren sich an den Grundsätzen für die Anlage der Versorgungsrücklage durch den Kommunalen Versorgungsverband. Der Sicherheitsaspekt steht auch hier deutlich im Vordergrund.

Bei der Anlage in Investmentfonds sind die Regelungen des § 22 Abs3 S2 GemHVO zu berücksichtigen. So darf der Fonds nur von Institutionen verwaltet werden, die ihren Sitz innerhalb der Europäischen Union haben,

³⁵ Vgl. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Schulden/Tabellen/KassenkrediteNichtOeffentlich.html> [11.08.2012]

³⁶ Vgl. Ade et al. (2011), S. 445.

was auch für den Emittenten der Investmentanteile gilt, bei der Währung der darf es sich ausschließlich um Euro handeln. Außerdem ist eine Anlage einzig in Standardwerte in angemessener Streuung und Mischung sowie nicht in Wandel- und Optionsanleihen zulässig. Besonderes Augenmerk sollte auch auf die Normierungen des § 22 Abs3 S2 Nr.5 GemHVO gelegt werden. Dieser legt einen maximalen Anteil von dreißig Prozent der Anlagen in Aktien, Aktienfonds und offene Immobilienfonds am Investmentfonds fest.

3.4 Beurteilung der geltenden Rechtsvorschriften

Die Regelungen des § 91 Abs2 GemO sind sehr allgemein gehalten. Dies resultiert in erster Linie aus dem Willen der Landesregierung, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht über Gebühr einzuschränken.³⁷ Dennoch ist eine klare Fokussierung auf die Sicherheit der Geldanlage festzustellen. Diese Regelung trägt der Tatsache Rechnung, dass die Gemeinde mit Geldern der Steuerzahler zu wirtschaften hat. Die ausdrückliche Verankerung eines Spekulationsverbotes, wie kürzlich von der FDP-Landtagsfraktion gefordert³⁸, scheint dennoch nicht notwendig. Sofern die Gemeinde mit Sachverstand agiert und lediglich Finanzprodukte erwirbt, deren Funktionsweise nachvollziehbar und verständlich ist, sind keine hohen Verlustrisiken zu erwarten. Bei in der Vergangenheit von der Presse aufgegriffenen Vorfällen, bei denen Gelder verspekuliert wurden, handelte es sich um Einzelfälle.

Die Öffnung der Geldanlagemöglichkeiten für Investmentfonds mit Aktienanteil durch § 22 Abs3 GemHVO gibt den Gemeinden mit einem tatsächlichen Finanzierungsüberschuss die Möglichkeit, ihr Geld ertragreicher anzulegen. Durch die getroffenen Restriktionen ist nicht

³⁷ Hierzu auch die Grundsätze der Landesregierung über die Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden und der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften (1982).

³⁸ Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/1571.

davon auszugehen, dass die eröffneten Instrumente zu riskant sein könnten.

4 Übersicht über verschiedene Finanzprodukte und deren Beurteilung

Auf den Finanzmärkten gibt es eine mittlerweile kaum zu überschauende Vielzahl an Finanzprodukten. Aufgrund der oben genannten rechtlichen Beschränkungen kommen für Gemeinden jedoch nur wenige Anlageformen in Betracht. Im Folgenden soll daher nur auf solche Instrumente eingegangen werden, die für die Kommunen, insbesondere Neckarwestheim, bereits relevant sind beziehungsweise in Betracht für eine zukünftige Anlage kommen. Als kurzer Exkurs sollen auch derivative Finanzinstrumente angesprochen werden, da diese in der Vergangenheit speziell in Form der Spread Ladder Swaps im kommunalen Zusammenhang relevant wurden.

4.1 Einlagen bei Banken

Zu den Bareinlagen zählen Sichteinlagen, Tagesgeldkonten, Termineinlagen sowie Spareinlagen und Sparbriefe. Bei solchen Einlagen muss bezüglich der Bewertung der Geldanlage, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit, auch zwischen den verschiedenen Banken differenziert werden. Sofern die Einlage bei einer Bank mit einem ausreichenden Einlagen- oder Institutssicherungssystem erfolgt, ist diese als rechtlich zulässig einzustufen. Zwar ist die Rendite regelmäßig geringer als beispielsweise bei Wertpapieren, jedoch sind die Risiken auf ein Mindestmaß begrenzt.

4.1.1 Sichteinlagen

Zu den Formen der Sichteinlage gehören das Giro- und das Kontokorrentkonto. Wie in Kapitel 3.2 erwähnt, fallen Bestände auf Girokonten oder andere Sichteinlagen nicht unter den

gemeindefinanzwirtschaftlichen Begriff der Geldanlage, da diese Konten dem Zahlungsverkehr dienen und Kassenbestand sind. Dennoch sollen hier kurz allgemeine Merkmale der Sichteinlagen aufgezeigt und erläutert werden.

Die Gelder auf diesen Konten sind täglich fällig und können ohne Kündigungsfrist abgezogen werden. Da bei diesen Geldbeständen die Habenzinsen sehr gering und die Kontoführungsgebühren im Regelfall sehr hoch sind, eignet sich dieses Instrument zur (kurzfristigen) Aufbewahrung von bald benötigten Finanzmitteln.³⁹

4.1.2 Tagesgeldkonten

Als Alternative zum Girokonto kann ein Tagesgeldkonto abgeschlossen werden. Auch bei diesem Konto kann jederzeit über das angelegte Geld verfügt werden, jedoch dient es nicht dem täglichen Zahlungsverkehr, da Überweisungen auf Fremdkonten und Lastschriften in der Regel nicht möglich sind. Die Verzinsung eines solchen Kontos ist höher als bei einem Girokonto, jedoch im Regelfall geringer als bei Festgeldern beziehungsweise Termineinlagen.⁴⁰

4.1.3 Termingelder

Bei Termineinlagen handelt es sich um zeitlich befristete Anlagen. Der Zinssatz ist besser als bei Sichteinlagen und bewegt sich in der Regel auf marktüblicher Höhe.⁴¹ Die Termineinlagen lassen sich in Festgelder und Kündigungsgelder unterteilen. Festgelder werden zu einem bei Vertragsabschluss vereinbarten Zeitpunkt fällig, Kündigungsgelder stehen dem Anleger nach Kündigung und Ablauf einer vorher vereinbarten Kündigungsfrist zur Verfügung.⁴² Der Zinssatz dieser Anlageform ist

³⁹ Vgl. Bacher (2011), S. 151 bzw. May (2009), S. 27.

⁴⁰ Vgl. Bacher (2011), S.151 bzw. May (2009), S. 30.

⁴¹ Vgl. Bacher (2011), S. 151.

⁴² Vgl. May (2009), S. 27.

speziell bei großen Anlagebeträgen vergleichsweise hoch, weshalb sich Termingelder in der kommunalen Praxis bewährt haben.⁴³

4.1.4 Spareinlagen

Als weitere Anlageform bieten sich Spareinlagen an. Bei diesen Konten handelt es sich meist um Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten, die nicht für den Zahlungsverkehr geeignet sind. Die Verzinsung einer Spareinlage ändert sich in den meisten Fällen im Zeitverlauf. Grundsätzlich notwendig für eine solche Anlage ist eine Urkunde, das Sparbuch beziehungsweise in manchen Fällen Einzelsparurkunden in Loseblattform.⁴⁴ Liegt diese nicht vor, kann über das Guthaben nur eingeschränkt verfügt werden. Durch den verhältnismäßig geringen Zins und die schlechte Zinselastizität wird die Geldanlage in Spareinlagen immer seltener.⁴⁵ Die Produktpalette wird durch verschiedene Sondersparformen, wie das Prämiensparen, Versicherungssparen und vermögenswirksames Sparen, erweitert.⁴⁶

Exkurs: Euribor-Sparen/ Besondere Verzinsungsarten von Spareinlagen

Auch beim Euribor-Sparen handelt es sich um Kündigungsgelder, die in der Regel ein bis drei Jahre angelegt werden. Die Verzinsung dieser Einlagen richtet sich nicht nach einem festen Zinssatz, sondern orientiert sich am Euribor. Der Euribor ist der Referenzzinssatz der Eurozone und steht für European Interbank Offered Rate. Errechnet wird er mittels der Zinssätze von siebenundfünfzig Referenzbanken für Ein- bis Zwölfmonatsgelder im Internetbankhandel. Siebenundvierzig der Banken liegen im Euroraum, vier in anderen EU-Ländern und sechs außerhalb der EU. Der Referenzzinssatz wird täglich errechnet und dient auch als Orientierungsgröße für Anleihen, Einlagen und variabel verzinsten

⁴³ Vgl. Ade et al. (2011), S. 442.

⁴⁴ Vgl. May (2009), S. 29.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Vgl. May (2009), S. 29 bzw. Ellgering et al. (1997), S. 23.

Kredite.⁴⁷ Bei einer solchen Geldanlage wird beispielsweise eine Verzinsung in Höhe von achtzig Prozent des jeweils gültigen Drei-Monats-Euribors vereinbart, wobei jedes Quartal eine Neuanpassung der Zinsen erfolgt. Einige Banken bieten, um das durch diese Anpassungen entstehende Zinsrisiko auszugleichen, einen Mindestzinssatz an. Dieser sogenannte floor verschafft gerade auch institutionellen Anlegern ausreichende Sicherheit. Euribor-Sparen mit einem vereinbarten floor bietet sich demnach auch für Kommunen an, da die Sicherheitsanforderungen erfüllt werden können und die Rentabilität dieser Spareinlage teilweise die von Termingeldern übersteigt.⁴⁸

Des Weiteren ist eine Verzinsung des Sparguthabens, die sich nach der Inflationsrate oder der Entwicklung bestimmter Aktien, beispielsweise der im DAX oder EURO STOXX 50 dotierten, richtet, möglich. In solchen Fällen wird meist ein Basiszinssatz vereinbart, der je nach Entwicklung der maßgeblichen Größe erhöht wird.⁴⁹

4.2 Wertpapiere

Wertpapiere sind vor allem in Bezug auf ihre Sicherheit sehr viel genauer zu betrachten als Einlagen bei Banken. Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Geldanlage in Wertpapiere ist grundsätzlich eine feste Verzinsung sowie die Zulassung zum Verkehr an der Börse.⁵⁰ Wertpapiere lassen sich in Namens-, Order- und Inhaberschuldverschreibungen unterteilen. Namensschuldverschreibungen verbriefen einer bestimmten Person ein Recht auf Rückzahlung der abgeschlossenen Summe. Ein Anderer kann die Forderung nicht geltend machen. Bei Orderschuldverschreibungen kann durch Übertragungserklärung oder tatsächliche Übergabe des Wertpapiers auch eine andere Person die Forderung geltend machen. Meist handelt es sich bei Wertpapieren um

⁴⁷ Vgl. May (2009), S. 34f.

⁴⁸ Vgl. May (2009), S. 35.

⁴⁹ Hierzu beispielsweise das ZinsPlus-Sparen der Deutschen Bank.

⁵⁰ Für genauere Informationen zur Anlage in Investmentfonds mit Aktienanteil wird auf Kapitel 3.3.5 verwiesen.

Inhaberschuldverschreibungen. Bei diesen lautet das Papier nicht auf eine bestimmte Person, die Rückzahlungsverpflichtung des Ausstellers berechtigt den jeweiligen Inhaber. Eine Weitergabe des Rechts kann durch eine einfache sachenrechtliche Übereignung vorgenommen werden.⁵¹

4.2.1 Anleihen

Anleihen sind Gläubigertitel. Sie verbriefen eine schuldrechtliche Forderung gegenüber dem Emittenten. Zu der Forderung gehören insbesondere die Tilgung des aufgenommenen Betrages sowie die Zahlung von Zinsen. Anleihen werden auch als Schuldverschreibungen, Renten(-papiere), Obligationen oder Bonds bezeichnet.⁵²

Anleihen sind in der Regel festverzinslich, wobei die Zinszahlungen jährlich erfolgen. Die Laufzeit liegt regelmäßig zwischen drei und fünfzig Jahren. Die Tilgung erfolgt oftmals am Ende der Laufzeit, jedoch ist es auch möglich, dass im Vorhinein eine Annuitätentilgung vereinbart wird. In diesem Fall erfolgen in der Regel nach einem tilgungsfreien Zeitraum ratenweise Zahlungen.⁵³

Die Anleihen sind je nach Emittenten in verschiedene Gruppen zusammenzufassen. Zum einen gibt es Anleihen der öffentlichen Hand. Hierzu zählen Schuldverschreibungen des Bundes, der Länder und der Kommunen. Es handelt sich dabei meist um festverzinsliche Wertpapiere.

Länder- und Kommunalanleihen werden im Regelfall im Auftrag der Gemeinden oder Länder von kommunalen Kreditinstituten ausgegeben. Sie dienen der Beschaffung von Mitteln zur Finanzierung von Projekten und Investitionen. Die Rückzahlungsverpflichtung ist durch die Steuerkraft und das Vermögen der Kommunen oder Länder abgesichert.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Ade et al. (2011), S. 443.

⁵² Vgl. May (2009), S. 36.

⁵³ Vgl. Albrecht/Maurer (2005), S. 23ff.

⁵⁴ Vgl. May (2009), S. 45.

Im Bereich des Bundes als Emittenten sind verschiedene Arten der Wertpapiere zu unterscheiden. Beispielsweise gibt es eine Tagesanleihe, Bundesschatzbriefe, -obligationen, -anleihen und Finanzierungsschätze. Die Papiere unterscheiden sich unter anderem in der Laufzeit und der Verzinsung.⁵⁵ Die Wertpapiere sind durch das Vermögen des Bundes und dessen Steuerhoheit abgesichert und stellen daher im Allgemeinen eine sichere Geldanlage dar.⁵⁶ Jedoch haben in der Vergangenheit Krisen verschiedener (Euro-)Staaten den Ruf von Staatsanleihen geschädigt.⁵⁷ Eine Anlage in Wertpapiere der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch nach wie vor als sicher anzusehen. Bei der Anlage in Wertpapiere anderer Staaten sollte mit Bedacht ausgewählt werden und die Bonitätsratings sowie die finanzielle Entwicklung berücksichtigt werden.

Abbildung 3: Übersicht über verschiedene Bundeswertpapiere

	Laufzeit	Rückzahlung	Zinszahlung	Vorzeitige Rückgabe
Tagesanleihe	unbefristet	zum Tagespreis ⁵⁸	thesauriert zum 31.12.	-
Finanzierungsschatz	bis zu zwei Jahre	zum Nennwert	Abzinsung bei Rückzahlung	nicht möglich
Bundesobligation	fünf Jahre	zum Nennwert	jährlich	zum Tagespreis möglich
Bundesanleihe	zehn oder dreißig Jahre	zum Nennwert	jährlich	zum Tagespreis möglich

⁵⁵ Vgl. URL: http://www.bundeswertpapiere.de/fileadmin/Material_Deutsche_Finanzagentur/P_DF/Brosch%C3%BCren/bundeswertpapiere_auf-einen-blick_farbig.pdf [30.08.2012].

⁵⁶ Vgl. Ade et al. (2011), S. 444.

⁵⁷ Vgl. Bacher (2011), S. 183.

⁵⁸ Nennwert zuzüglich Zinsen.

		Laufzeit	Rückzahlung	Zinszahlung	Vorzeitige Rückgabe
Bundesschatzbrief	Typ A	sechs Jahre	zum Nennwert	jährlich	nach einem Jahr bis zu 5.000 Euro monatlich
	Typ B	sieben Jahre	zuzüglich Zinsen	bei Rückzahlung	
Inflationsindexierte Obligation oder Anleihe		Obligation: fünf Jahre Anleihe: zehn Jahre	mindestens zum Nennwert, abhängig von der Inflationsentwicklung	jährlich nachträglich auf Basis des indexierten Zinssatzes	zum Tagespreis möglich
Dollaranleihe		fünf Jahre	zum Nennwert	jährlich	über Börse möglich

Quelle: eigene Darstellung nach Bacher (2011), S. 178.

Als weitere Emittenten von Wertpapieren kommen Kreditinstitute infrage. Zu dieser Art von Anleihen gehören Pfandbriefe, öffentliche Pfandbriefe, Schuldverschreibungen von Kreditinstituten mit besonderen Aufgaben und sonstige Bankschuldverschreibungen. Pfandbriefe sind durch dingliche Grundpfandrechte abgesichert. Zu den von Kreditinstituten emittierten Schuldverschreibungen zählen auch Kommunalobligationen. Dies sind festverzinsliche Wertpapiere, die von sämtlichen Banken ausgegeben werden können. Sie dienen der Finanzierung von langfristigen Projekten der Gebietskörperschaften und werden von diesen mit ihrem Vermögen abgesichert, wodurch diese Anlageform zu den sichersten zählt.⁵⁹

Auch gewerbliche Unternehmen geben Schuldverschreibungen aus. Zu diesen zählen Unternehmensanleihen, Wandelschuldverschreibungen und Optionsanleihen. Diese Form der Außenfinanzierung ist jedoch als risikoreich einzustufen, da die Anleihen bei den entsprechenden Unternehmen zwar vorrangiges Eigenkapital darstellen, jedoch im

⁵⁹ Vgl. May (2009), S. 48.

Regelfall nicht gesichert sind. Unternehmensanleihen haben einen tendenziellen Aktiencharakter und sind stark von Bonitäts- und Gewinnerwartungen abhängig.⁶⁰ Sie sollten daher nur in Ausnahmefällen und ausgesprochen positiven Bonitätsbewertungen getätigt werden.

4.2.2 Aktien

Bei Aktien handelt es sich um Wertpapiere, die Teilhaberrechte an einer Aktiengesellschaft verbriefen. Die in Deutschland übliche Form der Aktien ist die Nennwertaktie. Bei dieser wird das Grundkapital der Gesellschaft auf Aktien mit einem festen Nennwert verteilt. Der Käufer einer Aktie erwirbt somit einen Anteil an der Aktiengesellschaft.

Daraus ergibt sich, dass der Aktieninhaber sowohl von einer positiven Entwicklung profitiert, als auch durch eine negative Entwicklung einen Nachteil erleidet. Die Laufzeit von Aktienengagements ist grundsätzlich nicht beschränkt, ein Ausstieg durch den Investor ist jederzeit möglich.⁶¹

Da Aktien starken Kursschwankungen unterliegen, ist von einer generellen Unzulässigkeit im Gemeindewirtschaftsrecht auszugehen. Eine Ausnahme stellen die Regelungen der §§ 102 ff GemO dar. Zum Zwecke der Beteiligung dürfen Aktien oder Gesellschaftsanteile erworben werden.⁶²

Auch die Normierungen des § 22 Abs3 GemHVO eröffnen eine Möglichkeit, in Aktien zu investieren. Es ist jedoch zu beachten, dass die Anlage nur in Investmentfonds mit einem Aktienanteil von höchstens dreißig Prozent erfolgen darf.

4.2.3 Investmentfonds

Bei Investmentanteilen handelt es sich um Anteilscheine an einem Sondervermögen, das von einer Kapitalanlagegesellschaft oder einer

⁶⁰ Vgl. Grunow/Figgner (2006), S. 177ff.

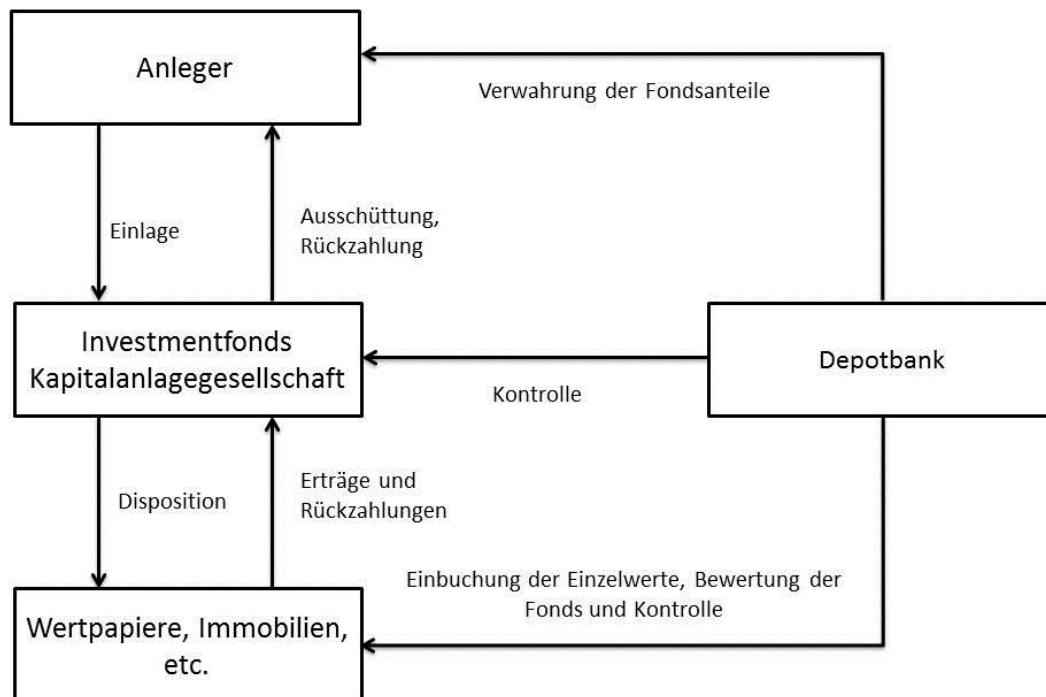
⁶¹ Vgl. Albrecht/Maurer (2005) S. 21ff.

⁶² Vgl. Ade et al.: 4.1 Allgemeines (2012), Online im WWW unter URL: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl4.gl1.htm [14.08.2012].

Investmentaktiengesellschaft gebildet und verwaltet wird. Eine Depotbank ist für die technische Betreuung des Fonds, beispielsweise die Verwahrung, Abwicklung und Ermittlung des Fondspreises, zuständig.⁶³ Die Kapitalanlagegesellschaft legt die gebündelten Einlagen in verschiedenen Vermögenswerten an. Durch die Investition in einen Fonds kann eine möglichst breite Risikostreuung erreicht werden, außerdem kann der Anleger von der professionellen Anlagebetreuung profitieren.

Für Gemeinden kommt eine Geldanlage in Investmentfonds nur unter den Bedingungen des § 22 Abs3 GemHVO⁶⁴ in Betracht.

Abbildung 4: Schematische Darstellung der Abwicklung eines Investmentfonds



Quelle: eigene Darstellung nach Bacher (2011), S. 238.

4.3 Immobilieninvestments

Bei Immobilieninvestments muss zwischen indirekter und direkter Immobilienanlage unterschieden werden. Zur indirekten Anlage gehören

⁶³ Vgl. Bacher (2011), S. 238.

⁶⁴ Siehe Kapitel 3.3.5.

offene und geschlossenen Immobilienfonds sowie Immobilienaktien. Zur direkten sind die tatsächlichen Immobilien zu zählen, also der tatsächliche Erwerb von Wohn- und Gewerbeimmobilien.⁶⁵

4.3.1 Direkte Immobilienanlage

Gemeindewirtschaftsrechtlich sind Immobilien nicht zu den Geldanlagen zu zählen, sondern sind in der Bilanz als bebaute Grundstücke zu führen. Dennoch gehören sie zum Vermögen der Gemeinde und sollen hier als Alternative zum Abschluss von Finanzprodukten angeführt werden.

Die Geldanlage in Immobilien ist allgemein als solide und sicher anzusehen, da sie nur sehr geringen Wertschwankungen unterliegt. Indes ist ihre Rendite für gewöhnlich geringer als bei langfristigen Wertpapieren. Bei einer dauerhaft ausgelegten Anlagestrategie sind direkte Immobilieninvestments durchaus zu empfehlen. Hierbei sollte jedoch eine mögliche Überhitzung des Immobilienmarktes beachtet werden, um gegebenenfalls einen anderen Zeitpunkt für eine Investition zu erwägen.

Es sollte bei der Anlage insbesondere auf die Lage der Immobilie geachtet werden, da durch die demografische Entwicklung die Nachfrage nach Immobilien insgesamt wahrscheinlich abnehmen wird, jedoch gerade in Ballungsgebieten durch Wanderungsbewegungen von einem Mangel auszugehen ist.⁶⁶

4.3.2 Immobilienfonds

Immobilienfonds garantieren eine Beteiligung am Haus- und Grundbesitz. Es wird unterschieden zwischen offenen und geschlossenen Fonds.⁶⁷

Offene Immobilienfonds investieren in sehr viele, meist Gewerbe-, Immobilien. Da die Anzahl der Anteilsscheine beliebig erhöhbar ist, kann durch den Mittelzufluss Eigentum an immer neuen Immobilien erworben

⁶⁵ Vgl. Albrecht/Maurer (2005), S. 755ff.

⁶⁶ Vgl. Schlütz (2008), S. 79.

⁶⁷ Vgl. Ellgering et al. (1997), S.186.

werden. Die Anteile müssen von den Eignern nicht über eine bestimmte Laufzeit gehalten werden, sie können jederzeit veräußert oder neu erworben werden.⁶⁸

§ 22 Abs3 Nr 5 GemHVO schließt eine direkte Anlage in Immobilienfonds jedoch aus. Möglich ist lediglich die Investition in einen Investmentfonds, der einen maximalen Anteil von dreißig Prozent an offenen Immobilienfonds beinhaltet.

Bei geschlossenen Immobilienfonds sind das Anlagevolumen und die Anzahl der Objekte begrenzt. Der Fonds wird geschlossen, wenn das Volumen und die entsprechende Anzahl an Anlegern erreicht wurden. Diese Immobilienfonds werden in der Regel in der Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts oder als Kommanditgesellschaft aufgelegt. Anleger, die in einen geschlossenen Immobilienfonds investieren, werden somit Gesellschafter der jeweiligen Organisationsform und Miteigentümer der Immobilien. Durch diese Tatsache geht ein Anleger bei der Investition in geschlossene Immobilienfonds ein eigenes Unternehmerrisiko ein.⁶⁹ Als Geldanlage für Kommunen scheiden diese Fonds aus, da sie zum einen dem Grauen Kapitalmarkt zuzuordnen sind und § 22 GemHVO lediglich eine Öffnung der langfristigen Geldanlage in offene Immobilienfonds darstellt.

4.4 Derivative Finanzinstrumente

Derivate umfassen Finanzinstrumente, deren Preise vom Wert anderer Objekte abhängig sind. Zu den Derivaten zählen Termingeschäfte wie Optionen, Futures und Zertifikate. Diese Art von Geldanlagen zeichnet sich dadurch aus, dass Abschluss und Erfüllung zeitlich auseinanderfallen.⁷⁰

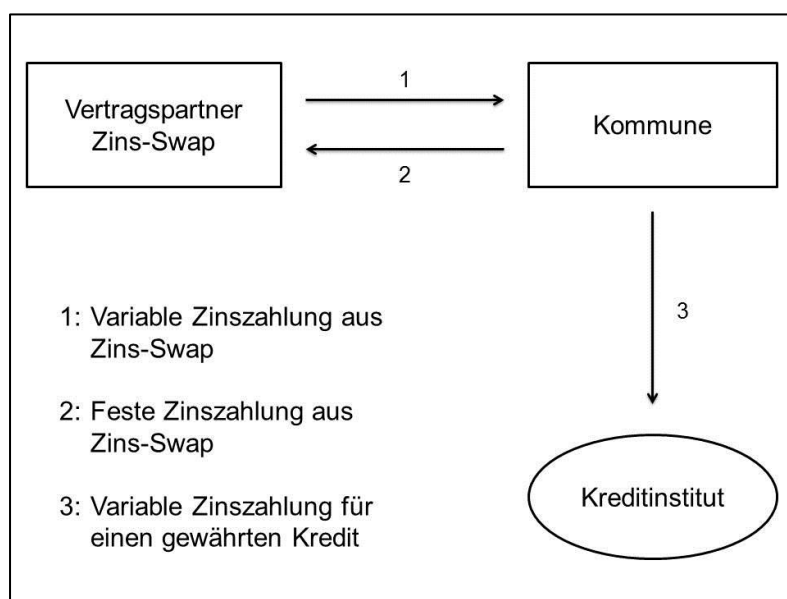
⁶⁸ Vgl. Hirt (2011), S.8.

⁶⁹ Vgl. May (2009), S. 111.

⁷⁰ Vgl. May (2009), S. 137.

Da es sich bei derivativen Finanzinstrumenten in den meisten Fällen um hoch spekulative Anlageformen handelt, sind diese für Kommunen kaum geeignet. Erwähnt werden soll dennoch, dass zur Absicherung von Zinsrisiken bei Kreditgeschäften sogenannte Zins-Swaps abgeschlossen werden dürfen.⁷¹ Bei diesem Derivat müssen beide Vertragsparteien Zahlungsverpflichtungen erfüllen, wobei die eine einen festen Zinssatz, die andere einen variablen zu zahlen hat. Der variable Zins orientiert sich an einem allgemein anerkannten Referenzzinssatz. Kommunen können mit diesem Finanzprodukt somit die Risiken variabel verzinsster Kredite ausgleichen.⁷²

Abbildung 5: Schematische Darstellung eines Zins-Swaps zur Absicherung von Zinsrisiken eines Kreditgeschäfts



Quelle: eigene Darstellung nach Bitz/Stark (2008), S. 168.

Werden Zins-Swaps ohne Bezug und Verbindung zu Kreditaufnahmen abgeschlossen, sind sie als spekulativ einzustufen. In der Vergangenheit gab es Einzelfälle, in denen von Kommunen sogenannte Spread Ladder

⁷¹ Vgl. Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (2009), S. 1. bzw. Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände (2011), S. 3.

⁷² Vgl. Bitz/Stark (2008), S. 168.

Swaps abgeschlossen wurden.⁷³ Diese Anlageform ist insbesondere ohne Zuordnung zu einem abgeschlossenen Kreditgeschäft als spekulativ anzusehen und daher unzulässig.

5 Ausgestaltung von Anlagerichtlinien

Prinzipiell sind in Anlagerichtlinien die Ziele, das Anlageuniversum, also die im Allgemeinen zulässigen Finanzinstrumente, sowie die Strukturierung des Portfolios enthalten. Außerdem werden grundsätzliche Regelungen, beispielsweise die Zuständigkeiten oder das Berichtswesen betreffend, getroffen.

Bei gemeindlichen Anlagerichtlinien für die Anlage in Investmentfonds bestimmt § 22 Abs3 S3 GemHVO als Mindestinhalt die Sicherheitsanforderungen, die Systematik der Verwaltung durch die Gemeinde und die Berichtspflichten. Ergänzend zu diesen Regelungen sollen in dieser Arbeit auch weitere üblicherweise aufgeführte Inhalte betrachtet werden.

5.1 Anlageziele

Die Ziele der Anleger werden im Regelfall von deren persönlichen Präferenzen und der finanziellen Ausstattung bestimmt. Die allgemeinen Anlegerziele wurden bereits unter Kapitel 2 beschrieben. Als weiteres Ziel könnten bei privaten Unternehmen beispielsweise steuerliche Vorzüge genannt werden.⁷⁴

Die Anlageziele der kommunalen Anleger sind weitestgehend von den gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgeschrieben. Wie bereits oben ausgeführt, müssen die Geldanlagen einer Gemeinde gemäß § 91 Abs2 S2 GemO nicht nur ausreichend sicher sein, sondern auch einen angemessenen Ertrag erbringen und rechtzeitig verfügbar sein. Die

⁷³ Vgl. Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände (2011), S. 6.

⁷⁴ Vgl. May (2009), S. 5.

entsprechende Rendite kann in einer Anlagerichtlinie nominell fixiert werden.

5.2 Anlageuniversum

Das Anlageuniversum bestimmt die grundsätzlich zulässigen Anlageinstrumente. Hierbei sind unter anderem festverzinsliche Anlagen, Aktien beziehungsweise aktienähnliche Anlagen, Immobilien und sonstige Anlagen zu unterscheiden.

Einlagen bei Banken mit entsprechenden Sicherungssystemen sind für Kommunen unbedenklich. Bei kurz- beziehungsweise mittelfristigen Anlagen sollte darauf geachtet werden, dass der Zinssatz im Regelfall fest ist. Außerdem müssen Kurs- und Kapitalverlustrisiken ausgeschlossen sein.

Bei langfristigen Geldanlagen ist gemäß § 22 Abs3 S2 Nr.5 GemHVO zusätzlich eine Anlage in Investmentfonds möglich, deren Anteil an Aktien, Aktienfonds und offenen Immobilienfonds dreißig Prozent nicht übersteigt.

Außerdem müssen die lokalen Bedingungen – ob nur in deutsche, europäische oder gar globale Produkte angelegt werden darf – festgeschrieben werden. Wenn eine globale Betätigung ermöglicht wurde, sollte eine zusätzliche Regelung festlegen, ob hierbei nur entwickelte Märkte oder auch Schwellenländer berücksichtigt werden.

Für Kommunen sind bei der Anlage in Investmentfonds mit Aktienanteil wiederum die Regelungen des § 22 Abs3 S2 Nr.2 GemHVO zu beachten. Demnach darf nur in Fonds von Emittenten mit Sitz innerhalb der Europäischen Union investiert werden. Als Währung ist ausschließlich der Euro zugelassen.

Von der Investition in Immobilien sollten geschlossene Immobilienfonds grundsätzlich ausgeschlossen werden, da diese den spekulativen Geldanlageformen zuzuordnen sind. Der Anlagehorizont ist selbst für aus dem fünfjährigen Finanzplanungszeitraum ausgeschiedene Gelder zu lang

und ein Verkauf vor Ablauf der Frist geht meist mit einem erheblichen Wertverlust einher.⁷⁵

5.3 Anlagenstruktur

Bei der Anlagenstruktur sollte auf eine angemessene Streuung und Mischung geachtet werden. Die Mischung bezieht sich in diesem Fall auf eine quantitative Begrenzung der jeweiligen Anlageformen, die Streuung auf schuldnbezogene Beschränkungen. Hinsichtlich der Streuung müssen Anteile einzelner Schuldner und Emittenten limitiert werden.

Die anteilige Gestaltung des Portfolios, die Mischung, sollte nicht über Mindest-Angaben erfolgen. Stattdessen sind die Anteile risikoreicherer Anlageklassen zu begrenzen. Als maximale Quote von Investmentfonds mit Aktienanteil an den Geldanlagen können bis zu dreißig Prozent festgelegt werden. Anhaltspunkte für die richtigen Anteile können beispielsweise die unter Kapitel 7.2 beschriebenen Anlagerichtlinien verschiedener Kirchen geben.

5.4 Anlagegrundsätze

Die Anlagegrundsätze umfassen Regelungen, die Zuständigkeiten betreffend sowie grundlegende Einschränkungen, die dazu dienen sollen, die Anlegerziele zu erreichen. Im Falle der Kommunen sind diese Ziele wie oben genannt Sicherheit, ein angemessener Ertrag und die rechtzeitige Verfügbarkeit der angelegten Gelder. Die Indikatoren, mit denen die Sicherstellung dieser Ziele beurteilt und garantiert werden sollen, werden im Folgenden beschrieben.

5.4.1 Zuständigkeiten

Die Anlagegrundsätze beinhalten zum einen die Festlegung der Entscheidungsträger. Im kommunalen Wirtschaftsrecht kommen hier prinzipiell die gesetzlichen Bestimmungen zum Tragen. Bei der

⁷⁵ Vgl. May (2009), S. 113.

Entscheidung über einzelne Geldanlagen ist von einem Geschäft der laufenden Verwaltung auszugehen, da lediglich vorübergehende Kassenüberschüsse zur Ertragsgenerierung angelegt und nicht endgültig verwendet werden. Daher ist gemäß § 44 Abs2 GemO der Bürgermeister zuständig. Dieser wird das Entscheidungsrecht in der Regel entsprechend § 116 GemO auf den Fachbediensteten für das Finanzwesen übertragen.

In Ausnahmefällen, beispielsweise bei der Anlage eines sehr hohen Betrags, längerfristigen Dispositionen oder wenn die Zinserträge einen nicht unerheblichen Teil des Gemeindeeinkommens ausmachen, kann auch eine Zuständigkeit des Gemeinderats oder eines seiner beschließenden Ausschüsse gegeben sein.⁷⁶ Für diese Fälle empfiehlt sich eine schriftliche Fixierung der entsprechenden Anlagesumme, dem temporären Rahmen und der Höhe der genannten Zinserträge, ab denen eine Beschlussfassung durch den Gemeinderat notwendig wird.

Bei den in § 22 Abs3 GemHVO genannten Geldanlagen in Anteilen an Investmentfonds mit Aktienanteilen ist von einer grundsätzlichen Entscheidungspflicht des Gemeinderats auszugehen, da trotz der gesetzlichen Restriktionen ein hohes Anlagerisiko besteht.⁷⁷ Mittels der Anlagerichtlinie sind zu dieser Anlageform auch die grundsätzlichen Vorgaben zu regeln, wodurch eine Übertragung der Zuständigkeit auf den Bürgermeister oder den entsprechenden Gemeindebediensteten unproblematisch sein dürfte.

Bei der Verteilung der Zuständigkeiten darf in keinem Fall vergessen werden, dass nicht eine Person alleine die Geldanlage vornehmen kann. Hier sollte immer das „Vier-Augen-Prinzip“ gelten und angewandt werden.

⁷⁶ Vgl. Ade et al. : Nr. 3.4.4.2 Zuständigkeit für Geldanlagen (2012), Online in WWW unter URL: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl3.gl4.gl4.gl2.htm [15.08.2012].

⁷⁷ Ebenda.

5.4.2 Grundsätzliche Limitierungen

Unter diesem Punkt sollte in der Anlagerichtlinie festgelegt werden, welche Anlagen grundsätzlich zulässig beziehungsweise nicht zulässig sind. Abgezielt wird hierbei insbesondere auf das vorrangige Anlegerziel der Sicherheit. Meist wird auf die Bonitätsratings der großen Ratingagenturen zurückgegriffen. Bei Ratings handelt es sich um die standardisierte Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, mit der Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus handelbaren Schuldverschreibungen erfüllt werden.⁷⁸ In dieser Arbeit sollen nur die Ratingsystematiken der großen Agenturen Standard and Poors (S & P), Moody's und Fitch Ratings betrachtet werden.

Abbildung 6: Rating-Skalen und deren Definition

S & P		Moody's		Fitch Rating		
Investmentbereich						
AAA	A-1+	Aaa	P-1 (Prime-1)	AAA	E1+	„außerordentlich stark“ geringste Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung oder Einstellung der Zahlungen, außerordentlich gute Fähigkeit, Zahlungsverpflichtungen nachzukommen
AA+		Aa1		AA+		„sehr stark“
AA		Aa2		AA		sehr geringe Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung oder Einstellung der Zahlungen, sehr gute Fähigkeit, finanziellen Verpflichtungen nachzukommen
AA-		Aa3		AA-		
A+	A-1	A1		A+	E1	„stark“ geringe Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung oder Einstellung der Zahlungen, gute Fähigkeit, finanziellen Verpflichtungen nachzukommen

⁷⁸ Vgl. Eisen (2007), S. 52f.

S & P		Moody's		Fitch Rating		
A		A2		A		
A-	A-2	A3	P-2	A-	F2	
BBB+		Baa1		BBB+		
BBB	A-3	Baa2	P-3	BBB	F3	derzeit geringe Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung oder Einstellung der Zahlungen, adäquate Fähigkeit, finanziellen Verpflichtungen nachzukommen
BBB-		Baa3		BBB-		
Spekulativer Bereich						
BB+	B-1	Ba1	NP	BB+	B	„moderat schwach“
BB		Ba2		BB		die Wahrscheinlichkeit von Zahlungsausfällen ist kurzfristig betrachtet eher gering, jedoch von Wirtschafts-, Finanz- und Geschäftsbedingungen abhängig
BB-	B-2	Ba3		BB-		
B+		B1		B+		„schwach“
B	B-3	B2		B		begrenztes Maß an Sicherheit ist noch vorhanden, die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls ist jedoch stark von Wirtschafts-, Finanz- und Geschäftsbedingungen abhängig
B-		B3		B-		
CCC+	C	Caa1	NP	CCC +	C	„sehr schwach“
CCC		Caa2		CCC		gegenwärtig anfällig, die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls ist stark von Wirtschafts-, Finanz- und Geschäftsbedingungen abhängig
CCC-		Caa3		CCC-		
CC		Ca		CC		„extrem schwach“
C				C		„in Notlage“
D	D				RD/D	RD/D

Quelle: eigene Darstellung nach
<http://www.standardandpoors.com/ratings/articles/en/us/?articleType=HTML&assetID=1245335682757>;
<http://www.moodys.com/Pages/RegionalGermany01.aspx?lang=de&cy=ger>;
http://www.fitchratings.com/web_content/ratings/fitch_ratings_definitions_and_scales.pdf [15.07.2012]

Für Gemeinden kommen aufgrund der gesetzlichen Regelungen generell keinerlei Investments im spekulativen Bereich infrage. Finanzprodukte mit einem Bonitätsrating schlechter als BBB- beziehungsweise Baa3 scheiden demnach ausnahmslos aus. Es empfiehlt sich, noch weitergreifende Regelungen zu den angestrebten Bonitätsratings zu treffen, da wie oben erläutert Sicherheit als vorrangiger Anlagegrundsatz zu beachten ist. Die Bonitätsbewertung von Investmentfonds sollte nicht schlechter als AA-beziehungsweise Aa3 sein.

Der Wunsch der Kommunen, die Festlegung auf ein bestimmtes Mindestrating nicht zu eng zu gestalten, ist in Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen zwar nachvollziehbar, jedoch darf nicht vergessen werden, dass als unabdingbares Anlageziel die Sicherheit garantiert sein muss. Daher ist es nicht zu empfehlen, die Ratings aufgrund vorübergehender wirtschaftlicher Entwicklungen allzu weit zu fassen.

5.5 Art und Umfang des Überwachungs- und Berichtssystems

In den Anlagerichtlinien muss eine Regelung getroffen werden, in welchen Zyklen die zuständigen Gemeindebediensteten beziehungsweise der Bürgermeister den Gemeinderat über die aktuelle Entwicklung der Geldanlagen zu unterrichten hat. Angemessen wäre beispielsweise eine halbjährliche Unterrichtung über die getätigten Investments. Es empfiehlt sich festzulegen, welche Vermögens-Aufstellungen für die Unterrichtung erstellt werden müssen. Zur besseren Überprüfbarkeit der Anlagestrategie müssen Nachweise des Vermögens, der Ratingstruktur und der Vermögensveränderung erbracht werden.

Das Vermögen sollte in diesen Dokumenten nach Einzeltiteln unter Angabe des Anschaffungspreises und des aktuellen Kurswertes zum Bilanzstichtag aufgestellt werden. Die Darstellung sollte nach Ratinggruppen gegliedert werden. Ein Beispiel stellt der

Finanzanlagebericht der Stadt München⁷⁹ dar. In diesem werden die notwendigen Daten nicht nur gemeindeinternen Gremien zugänglich gemacht, sondern auch für die Bürgerschaft aufbereitet. Dieses Vorgehen schafft eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz, ist jedoch in kleineren Gemeinden wahrscheinlich nicht praktikabel, da es mit einem zu hohen Aufwand verbunden ist.

5.6 Zyklus zur Überprüfung der Anlagerichtlinien

Eine Definition des Überprüfungszeitraums ist nur schwer zu treffen. Es empfiehlt sich, den Passus „situations- und problembezogen“ aufzunehmen. Einmal im Jahr sollte eine Überprüfung der Anlagerichtlinien im Gemeinderat beziehungsweise dem entsprechenden Ausschuss erfolgen. Eine zu häufige Überprüfung würde der angestrebten Erleichterung des Verwaltungsaufwandes entgegen laufen. Jedoch sollte auch angesichts des sich stetig verändernden Finanzmarktes eine regelmäßige Prüfung stattfinden. Eine Erleichterung bei der Bestimmung des richtigen Zeitraumes zur Änderung oder Neufassung der Anlagerichtlinien kann der halbjährliche Bericht über den Stand der Geldanlagen darstellen.

6 Zuständigkeiten für die Erstellung der Anlagerichtlinie

Da die Ausgestaltung der Anlagerichtlinie für die Kommune von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist, handelt es sich hier nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Eine Zuständigkeit des Gemeinderats ist gemäß § 24 Abs1 S2 GemO im Regelfall gegeben. Eine Übertragung auf einen beschließenden Ausschuss oder den Bürgermeister ist möglich.⁸⁰

⁷⁹ Abrufbar im Internet auf der Homepage der Stadt unter www.muenchen.de.

⁸⁰ Vgl. Ade et al.: 4.3.2 Anlage in Investmentfonds (2010), Online im WWW unter URL: http://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl4.gl3.gl2.htm [19.08.2012].

Sofern es sich um eine kleinere Stadt beziehungsweise Gemeinde handelt, ist nach Ansicht der Verfasserin eine Übertragung der Zuständigkeit nicht zweckdienlich, da die Anlagerichtlinie auch der Entscheidungsbegründung und Legitimation gegenüber dem Gemeinderat dienen soll.

7 Anwendung von Anlagerichtlinien in anderen Bereichen

Anlagerichtlinien werden auch in anderen Bereichen der Vermögensverwaltung eingesetzt. Häufig ist dies der Fall bei Versicherungen, Stiftungen und Banken. Diesen Institutionen gemein ist, dass ihnen eine besondere Verantwortung für die Verwaltung ihres Vermögens obliegt und durch die Anlagerichtlinien das Risikomanagement der Anleger verbessert werden soll.⁸¹ Da es im kommunalen Bereich nur wenige konkrete Anlagerichtlinien gibt und somit die Informationsmöglichkeit gering ist, sollen im Folgenden die Regelungen und Systematiken in diesen Bereichen aufgezeigt werden. Für die Gestaltung einer Anlagerichtlinie einer Gemeinde können die getroffenen Vorschriften als Orientierungshilfe dienen. Nicht zuletzt kann auch die Literatur zu Anlagerichtlinien in diesen Bereichen für andere institutionelle Anleger sehr hilfreich sein.

7.1 Versicherungen

Die gesetzlichen Regelungen, die die Geldanlage von Versicherungsunternehmen betreffen, sind im Gesetz über die Beaufsichtigung von Versicherungsunternehmen (VAG) normiert. Die allgemeinen Regelungen des VAG wurden von der Bundesregierung durch die Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen konkretisiert.

⁸¹ Vgl. Hallmann/Kirchner(2001), S. 218ff.

Die Ziele des Kapitalanlagengeschäfts eines Versicherungsunternehmens lassen sich aus den allgemeinen Unternehmenszielen ableiten. Generell lassen sich hier vier Größen erkennen. Teilweise sind diese den Zielen einer Kommune sehr ähnlich. Es handelt sich um die Sicherheit, also die Erhaltung des Kapitals, und die Erzielung eines Ertrags. In Versicherungsunternehmen sollen auch ein Beitrag zur Liquiditätssicherung und eine Förderung des Versicherungsabsatzes erzielt werden.⁸²

Die Anlagegrundsätze der Versicherungsunternehmen gehen auch aus § 54 Abs1 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) hervor. Die in § 54 Abs1 VAG genannten Grundsätze umfassen unter anderem, dass bei der Bildung des gebundenen Vermögens die Art der betriebenen Versicherungsgeschäfte berücksichtigt werden muss. Außerdem hat die Sicherheit, also die Erhaltung des Kapitals, hat als Anlagegrundsatz höchste Priorität. Bei Versicherungszweigen, die eine Mindestverzinsung des versicherungstechnischen Fremdkapitals garantieren, muss insbesondere auch auf die Rentabilität der Geldanlagen geachtet werden. Um dem Grundsatz der Liquidität Genüge zu tun, muss ausreichende Liquidität vorliegen oder die Geldanlage muss entsprechend liquidierbar sein. Im Fokus steht weiterhin, auf eine angemessene Streuung und Mischung zu achten.⁸³ Für Versicherungen stehen demnach neben weiteren Grundsätzen auch Sicherheit, Rentabilität und Verfügbarkeit im Fokus.

Aufgrund von § 54 Abs3 VAG hat die Bundesregierung eine Anlageverordnung für Versicherungen erlassen. Diese enthält dezidierte Vorschriften über die Anlagegrundsätze, das Anlagemanagement, die Anlageformen sowie Streuung und Mischung der Anlagen. Die Anlageverordnung wurde 2010, hauptsächlich auf Grund der Finanzkrise, in einigen Punkten novelliert. So wurde für die Anlage bei Kreditinstituten eine Streuungsquote von maximal dreißig auf fünfzehn Prozent

⁸² Vgl. Farny (2006), S. 855.

⁸³ Vgl. Farny (2006), S. 866f.

herabgesetzt. Da jedoch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Versicherungen weiter gefasst sind als für Kommunen, gibt es bei den weiteren Vorschriften nur eine begrenzte Übertragbarkeit.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat zur weiteren Konkretisierung Rundschreiben herausgegeben. Hilfreich für institutionelle Anleger kann beispielsweise das Rundschreiben 4/2011 (VA) „Hinweise zur Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen“ sein.

7.2 Kirchen

Ein Schwerpunkt der meisten kirchlichen Anlagerichtlinien liegt auf dem Ziel der Nachhaltigkeit beziehungsweise ethischen Vertretbarkeit der Geldanlage. Bei den Kirchen wurde den oben genannten Anlegerzielen somit noch ein weiteres hinzugefügt und in den meisten Fällen in einer Anlagerichtlinie genau definiert, mit welchen Finanzinstrumenten im Einzelnen dieser Vorsatz sichergestellt werden kann. Dennoch ist es auch für Kirchen unerlässlich, ihr Kapital sicher und Ertrag bringend anzulegen. Da es im Bereich der Kirchen bereits sehr dezidierte Anlagerichtlinien gibt, ist es für Kommunen durchaus lohnenswert, die entsprechenden Regelungen zur Informationsgewinnung heranzuziehen.

In den Anlagerichtlinien der Evangelisch-reformierten Kirche etwa wird festgelegt, dass neben dem vorrangigen Grundsatz der Sicherheit einer Anlage auf eine angemessene Streuung und Mischung zu achten ist. Außerdem müssen mindestens einmal im Jahr die gehaltenen Anlagen und die Zusammensetzung des Portfolios geprüft werden. Eine Abstoßung von Finanzprodukten, die nicht mehr den Vorgaben entsprechen, muss innerhalb von sechs Monaten erfolgen. Außerdem wurden die verschiedenen Anlageprodukte in Qualitätsstufen unterteilt und für diese jeweils Anteile am Finanzvermögen festgelegt.

Abbildung 7: Klassifizierung der Anlageprodukte durch die Evangelisch-reformierte Kirche und die zulässigen Anteile am Finanzvermögen

Anlagequalität	Finanzprodukte	Gewichtung in Relation zum Finanzvermögen
A	<ul style="list-style-type: none"> – Anlageprodukte von Banken, die durch einen Einlagensicherungsfonds abgesichert sind – Bundesschatzbriefe – Finanzierungsschätze 	> 20 %
B	<ul style="list-style-type: none"> – Auf Euro lautende Geldmarktfonds – Festverzinsliche Euroanleihen, wenn durch Einlagensicherung abgesichert sowie Anleihen der öffentlichen Hand, sofern mindestens mit A- geratet 	≤ 80 %
C	<ul style="list-style-type: none"> – Geschäftsanteile und Genussrechte von Banken in der Rechtsform einer e.G., die dem Institutsschutz des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken angehören – Gedeckte Papiere mit einem Mindestrating von A- 	≤ 40 %, gemeinsam mit Anlagen der Qualitätsstufe B dürfen jedoch 80 % nicht überschritten werden
D	<ul style="list-style-type: none"> – Festverzinsliche Euro-Wertpapiere, wenn sie keinem Sicherungsfonds unterliegen mit einem Mindestrating von A- – Misch- oder Spezialfonds mit einem Aktienanteil bis zu 30 % – Rentenfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroraum – Zertifikate und Fonds mit Kapitalgarantie 	≤ 30 % gemeinsam mit Anlagen der Qualitätsstufe C dürfen jedoch 40 % nicht überschritten werden

Anlagequalität	Finanzprodukte	Gewichtung in Relation zum Finanzvermögen
E	<ul style="list-style-type: none"> – Internationale Rentenfonds – Aktienfonds – Misch- oder Spezialfonds mit einem Aktienanteil höher als 30 % – Offene und geschlossene Immobilienfonds mit dem Schwerpunkt Europa 	<p>≤ 10 % gemeinsam mit Anlagen der Qualitätsstufe C und D dürfen jedoch 40 % beziehungsweise 30 % nicht überschritten werden</p>

Quelle: eigene Darstellung nach den Anlagerichtlinien gemäß § 72 Absatz 4 Satz 2 der Haushaltsordnung der Evangelisch-reformierten Kirche vom 19. November 2010.

Die Klassifizierung der Kirche ist nicht uneingeschränkt für Kommunen zu übernehmen, da einige Anlageprodukte für Gemeinden aufgrund der hohen Sicherheitsanforderungen nicht zulässig oder zu empfehlen sind, jedoch stellt diese Einteilung eine gute Orientierungshilfe dar. Angepasst auf die kommunalen Bedürfnisse kann eine solche Strukturierung eine große Hilfe bei der Zusammenstellung des gemeindlichen Portfolios darstellen.

Die Richtlinie über die Anlage des Geld- und Wertpapiervermögens der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland trifft insbesondere im Hinblick auf die strategische Planung und die operative Ausführung der Anlagepolitik ergänzende Bestimmungen. So sollen sowohl ein strategischer als auch operativer Ausschuss für die Verwaltung des Kapitalvermögens eingeführt werden. Zu den Aufgaben des strategischen Ausschusses zählen die regelmäßige Beurteilung der Anlagestrategie, die Überprüfung der Anlagegrundsätze und die Erarbeitung von Empfehlungen zu Änderungen und Ergänzungen der Anlagerichtlinie. Außerdem soll er das Marktgeschehen verfolgen und Hinweise zu marktüblichen Rendite- und Risikoerwartungen geben.⁸⁴ Der operative Ausschuss soll konkrete Anlagevorschläge erarbeiten, regelmäßige Berichte erarbeiten und die

⁸⁴ Vgl. Richtlinie über die Anlage des Geld- und Wertpapiervermögens der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland vom 11.10.2011, S. 7f.

Umsetzung der Anlagerichtlinien in Form der Vertragsgestaltung mit Banken und Kapitalanlagegesellschaften sicherstellen.⁸⁵

In großen Gemeinden mit hohem Geldvermögen kann dieses Vorgehen sehr hilfreich sein. Durch die Bildung der Ausschüsse können Kompetenzen gebündelt werden und die Trennung des operativen und strategischen Ausschusses ermöglicht eine gegenseitige Kontrolle.

Außerdem finden sich in den Anlagerichtlinien der Kirchen beziehungsweise in deren Anhang verschiedene Kataloge, die Ausschlusskriterien für bestimmte Anlagen oder Unternehmen definieren. Auf diese Punkte soll hier im Einzelnen nicht eingegangen werden, jedoch wäre es denkbar, dass auch Gemeinden diese in ihre zukünftigen Überlegungen mit einbeziehen.

7.3 Stiftungen

Grundsätzlich stehen Stiftungen sämtliche Anlageformen zur Verfügung. Beachtet werden muss in jedem Fall der Wille des Stifters, welcher auch bei der Festlegung der Anlagestrategie eine maßgebliche Rolle spielen muss.

Die allgemeinen Anforderungen an Geldanlagen von Stiftungen sind mit denen an Geldanlagen von Kommunen vergleichbar. Zum einen ist Sicherheit ein wichtiger Aspekt, da die Leistungskraft der Stiftung nicht geschmälert werden darf. Dieser Punkt liegt insbesondere im Ewigkeitsgedanken der Stiftung begründet. Außerdem ist es wichtig, dass die Geldanlage ausreichende und auch stabile Erträge erbringt, da der Stiftungszweck im Regelfall nur mithilfe dieser zu verwirklichen ist.⁸⁶

Bei Stiftungen, insbesondere Bürgerstiftungen, ist es weiterhin wichtig, die Nachhaltigkeit zu berücksichtigen und dem Prinzip der Gemeinnützigkeit Rechnung zu tragen. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass es nicht

⁸⁵ Vgl. Richtlinie über die Anlage des Geld- und Wertpapiervermögens der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland vom 11.10.2011, S. 9f.

⁸⁶ Vgl. Bock et al. (2006), S. 104f.

zu Maßnahmen eines steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs kommt.⁸⁷ Dies könnte hauptsächlich der Fall sein, wenn sich Direktimmobilien oder geschlossene Immobilienfonds im Portfolio der Stiftung befinden, da hier die Grenze zum gewerblichen Grundstückshandel überschritten werden kann.

Als Hilfe bei der Erstellung eigener Anlagerichtlinien für Kommunen kann beispielsweise die Anlagerichtlinie der Stiftung „Geld und Währung“ der Deutschen Bundesbank herangezogen werden. In dieser wird eine Benchmark formuliert, um das Ertrag/Risikoprofil genau bestimmen zu können. Die Anlagerichtlinien für die Verwaltung des Vermögens der Stiftung „Geld und Währung“ durch die Deutsche Bundesbank bestimmen in § 2, dass sich die Benchmark aus einer Komponente mit festverzinslichen Wertpapieren und einem Aktienbestandteil zusammensetzt. Außerdem ist ein regelmäßiges Berichtswesen festgeschrieben. So muss einmal jährlich ein Bericht über die Verwaltung des Stiftungsvermögens erstellt werden. Auch eine vierteljährliche Überprüfung der Wertentwicklung der Anlagen durch das Risiko-Controlling ist verankert.

8 Situation in Neckarwestheim

Die vorliegende Arbeit soll im Ergebnis eine auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten in der Gemeinde Neckarwestheim angepasste Anlagerichtlinie zum Ziel haben. Zu diesem Zweck sollen die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen betrachtet und analysiert werden.

Wichtig bei der Betrachtung der Finanzen und sonstigen Gegebenheiten ist, auch auf die

Abbildung 8: Wappen der Gemeinde Neckarwestheim



Quelle:

<http://www.neckarwestheim.de/index.php?id=10>

⁸⁷ Vgl. Bock et al. (2006), S. 106.

Bürgerstiftung einzugehen, da diese ebenfalls einen nicht unerheblichen Betrag in Finanzprodukten anlegt.

8.1 Gemeindeporträt

Neckarwestheim ist eine Gemeinde mit circa 3.500 Einwohnern im Süden des Landkreises Heilbronn. 1976 wurde Block I des auf dem Gemeindegebiet befindlichen Kernkraftwerkes in Betrieb genommen, 1989 Block II. Das Kraftwerk hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Gemeinde. Durch die hohen Gewerbesteuereinnahmen⁸⁸ der Betreiberin EnBW konnte nicht nur die Infrastruktur stetig ausgebaut, sondern auch eine vergleichsweise sehr hohe Rücklage erwirtschaftet werden, die in passenden Finanzanlagen angelegt werden kann.

Die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinde sieht in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage vor. Diese belaufen sich 2012 auf 3.300.000 Euro, 2013 auf 4.150.000 Euro und 2014 auf 850.000 Euro. 2015 hingegen ist eine Zuführung in Höhe von 500.000 Euro geplant.⁸⁹ Die allgemeine Rücklage wird laut Haushaltsplan 2012 am Ende des Haushaltsjahres 2012 nach geplanter Entnahme voraussichtlich 28.460.000 Euro betragen.⁹⁰

Bei der Gewerbesteuer handelt es sich um den größten Einnahmeposten im Verwaltungshaushalt mit rund 34,5 Prozent der Gesamteinnahmen. Die drittgrößte Einnahmequelle sind die Zinsen für die Geldanlage mit 12,8 Prozent.⁹¹ Die Bedeutung der Geldanlage Neckarwestheims in passende Finanzprodukte hat demnach auch große Auswirkungen auf die Einnahmen der Gemeinde.

⁸⁸ Im Jahr 2012 wird mit insgesamt 6.000.000 Euro gerechnet, in den Vorjahren gab es jedoch bereits sehr viel höhere Einnahmen (beispielsweise 2003: knapp 20.000.000 Euro), in wirtschaftlich schlechten Zeiten jedoch auch geringere Zahlungen (2008: annähernd keine Einnahmen), vgl. Haushaltsplan 2012 der Gemeinde Neckarwestheim, S. 8.

⁸⁹ Vgl. Haushaltsplan 2012 der Gemeinde Neckarwestheim, S. 218.

⁹⁰ Vgl. Haushaltsplan 2012 der Gemeinde Neckarwestheim, S. 192.

⁹¹ Vgl. Haushaltsplan 2012 der Gemeinde Neckarwestheim, S. 7.

Wie oben bereits genannt, obliegt die Entscheidung über kurzfristige Geldanlagen regelmäßig dem Bürgermeister, da es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt. In der Hauptsatzung der Gemeinde Neckarwestheim wurde unter § 6 Abs2 auch die Grundsatzentscheidung über langfristige Geldanlagen auf den Bürgermeister übertragen. In der Praxis wird jedoch für jedes angestrebte Finanzprodukt zunächst eine Einzelentscheidung des Gemeinderates eingeholt, um mögliche rechtliche Folgen abzusichern und die Entscheidungen des Bürgermeisters beziehungsweise des Kämmerers zu legitimieren. Eine Anlagerichtlinie würde daher die Verwaltungsabläufe erheblich vereinfachen, da lediglich die Anlagerichtlinie durch den Gemeinderat beschlossen werden müsste, einzelne Anlageformen aufgrund dieser legitimiert wären.

8.2 Bürgerstiftung

Zur Erfüllung kultureller, sportlicher, sozialer und gesellschaftlicher Zwecke hat die Gemeinde die Bürgerstiftung Neckarwestheim errichtet. Die Kommune ist sowohl Geldgeber als auch Gründer der Bürgerstiftung. Bock et al. bezeichnen eine solche Stiftung als „kommunale Bürgerstiftung“, da sowohl das Stiftungsvermögen dem Gemeindehaushalt entstammt, als auch die Besetzung der Organe eng mit der Kommune verbunden ist.⁹² Es handelt sich um eine rechtsfähige örtliche Stiftung des öffentlichen Rechts gemäß § 31 StiftG in Verbindung mit § 101 GemO.⁹³

Die Organe der Bürgerstiftung sind laut § 5 Abs1 der Stiftungssatzung der Stiftungsrat und der Vorstand. Gemäß Absatz 3 ist der Bürgermeister Vorsitzender des Stiftungsrates und Vorstand der Stiftung. Weitere Mitglieder des Stiftungsrates sind gemäß Absatz 2 die jeweiligen Gemeinderäte Neckarwestheims.

Das von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Stiftungskapital beträgt 10.000.000 DM. Dieses Vermögen gilt es zu erhalten, da Stiftungen im

⁹² Vgl. Bock et al. (2006), S. 40.

⁹³ Vgl. § 1 Abs2 Satzung der Bürgerstiftung Neckarwestheim.

Allgemeinen auf Dauer angelegt sind und das Stiftungskapital daher langfristig zur Erzielung von Erträgen vorhanden sein muss.⁹⁴ Zur Erfüllung des Stiftungszwecks, so auch § 4 Abs1 der Stiftungssatzung, dürfen die durch das Stiftungskapital generierten Erträge, also Renditen und Zinsen, verwendet werden.⁹⁵

Das Stiftungsvermögen der rechtlich selbstständigen Stiftungen gehört nicht zum unmittelbaren Gemeindevermögen, es handelt sich um Treuhandvermögen im Sinne des § 97 GemO.⁹⁶ Laut § 31 Abs1 S1 Stiftungsgesetz für Baden-Württemberg finden auf die Verwaltung und Wirtschaftsführung der Bürgerstiftung Neckarwestheim die Vorschriften der Gemeindeordnung Baden-Württemberg Anwendung. In § 6 Abs2 Stiftungssatzung der Bürgerstiftung Neckarwestheim wurde diese Regelung nochmals angeführt. Der Erlass einer Anlagerichtlinie für die Bürgerstiftung ist daher nicht nur sinnvoll, sondern für Anlagen in Investmentfonds auch notwendig. Die durch diese Arbeit erstellte Anlagerichtlinie soll daher auch – gegebenenfalls mit kleinen Änderungen – für die Bürgerstiftung verwendet werden.

8.3 Aktuelle Summe der Geldanlagen und Ausgestaltung des Portfolios

Derzeit hat die Gemeinde Neckarwestheim insgesamt 50.106.868,41 Euro in Finanzprodukten angelegt. Bei der Bürgerstiftung beläuft sich die Summe der Geldanlagen auf insgesamt 7.385.350,00 Euro.

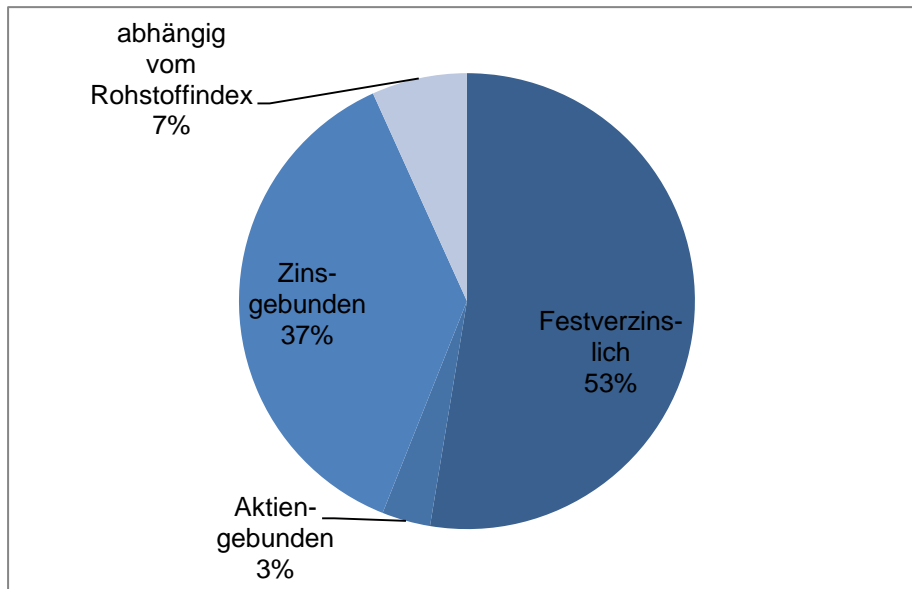
⁹⁴ Vgl. Meyn et al. (2009), S. 99.

⁹⁵ § 8 Abs1 der Stiftungssatzung lässt hier eine Ausnahme gemäß § 7 Abs2 Stiftungsgesetz zu. Jährlich darf maximal ein Zehntel des Stiftungsvermögens zur Erfüllung satzungsgemäßer Zwecke verwendet werden.

⁹⁶ Vgl. Ade et al. (2011), S. 435.

Den größten Anteil haben festverzinsliche Anlagen, wie Festgelder und Anleihen. Weiter sind im Portfolio der Gemeinde leitzins- und

Abbildung 9: Anteile der jeweiligen Zinsvereinbarungen an der Gesamtsumme der Geldanlagen



Quelle: Eigene Darstellung, interne Übersicht der Gemeinde Neckarwestheim

aktienabhängige Einlagen zu finden. Die Gemeinde selbst hält auch Bundesobligationen, die an die Inflation gebunden sind, sowie ein an den Rohstoffindex gebundenes Schuldscheindarlehen. Die Anlagen wurden bei der Kreissparkasse Heilbronn, der Volksbank Unterland, der Deutschen Bank und dem Bankhaus Metzler getätigt.

Die Anlagestruktur bei der Bürgerstiftung ist der der Gemeinde sehr ähnlich. Wobei hier Anlagen, deren Verzinsung an Aktien gebunden ist, noch vor festverzinslichen und zinsgebundenen Anlagen dominieren. Die Tendenz der Geldanlage bei der Bürgerstiftung ist etwas weniger konservativ als bei der Gemeinde selbst. Aus diesem Grund könnten bei der Anpassung der Anlagerichtlinie für die Stiftung die Regelungen für das Berichtswesen sowie Streuung und Mischung verschärft werden, um ein möglicherweise höheres Risiko besser auszugleichen.

9 Beispielhafte Anlagerichtlinien der Gemeinde Neckarwestheim

Die Anlagerichtlinie der Gemeinde Neckarwestheim sollte die oben genannten Inhalte auf die individuellen Bedürfnisse der Kommune angepasst beinhalten. Festzuhalten ist, dass die Gemeinde über relativ hohe Finanzreserven zur Geldanlage verfügt. Die Anlagestrategie wird aufgrund der gesetzlichen Vorgaben eher konservativ sein, jedoch darf die Tatsache, dass die Zinserträge einen großen Anteil an den Einnahmen der Gemeinde haben, nicht vergessen werden. Daher sollte zumindest ein Teil der allgemeinen Rücklage in Finanzprodukte mit höherer Rendite angelegt werden.

Die Bildung eines operativen und eines strategischen Ausschusses ist nicht notwendig, da sowohl Kämmerer als auch Bürgermeister über große Erfahrung bei den Geldanlagen verfügen und auch die Gemeindegröße gegen die Einführung spricht.

Um die Anlagerichtlinie für die Gremien und mit der Ausführung beauftragten Bediensteten verständlich zu gestalten, sollen in diesem Kapitel einzelne Abschnitte dargestellt und erläutert werden. Ein vollständiges Muster befindet sich in den Anlagen.

Bei der Definition des Geltungsbereiches sollte darauf eingegangen werden, dass zwischen verschiedenen Formen der angelegten Mittel zu unterscheiden ist. Wie oben bereits erwähnt, eröffnet beispielsweise § 22 Abs3 GemHVO für Gelder, die aus der mittelfristigen Finanzplanung ausgeschieden sind, die Möglichkeit, in Investmentfonds anzulegen. Demnach sollte zunächst festgehalten werden, wie die Anlagearten zu unterscheiden sind.

§ 1 Geltungsbereich

Die Geldanlagerichtlinien finden auf sämtliche Geldanlagen der Gemeinde Anwendung. Hierbei sollen die folgenden Anlagearten unterschieden werden:

1. Kurzfristige Anlage von Kassenmittel

Hierunter fallen kurzfristige Geldanlagen aus Kassenmittel, die im Rahmen der laufenden Geschäfte vorübergehend nicht benötigt werden.

2. Mittelfristige Anlage gebundener Rücklagemittel

Hierunter fallen kurz- oder mittelfristige Geldanlagen aus liquiden Rücklagemitteln, die nicht als Betriebsmittel der Kasse benötigt werden, jedoch im Rahmen der Finanzplanung für spätere Auszahlungen benötigt werden.

3. Langfristige Anlage freier Rücklagemittel

Hierunter fallen mittel- bis langfristige Geldanlagen aus liquiden Rücklagemitteln, die innerhalb des fünfjährigen Finanzplanungszeitraums für Auszahlungen nicht benötigt werden.

Im Weiteren sind die Anlagegrundsätze zu nennen. Hier ist es wichtig, auf die gesetzlichen Vorschriften zu verweisen und die Gewichtung der Anlageziele deutlich heraus zu stellen.

§ 2 Anlageziele

Auf sämtliche in § 1 genannten Geldanlagen sind die Vorschriften der Gemeindeordnung in Verbindung mit der Gemeindekassenverordnung sowie der Gemeindehaushaltsverordnung in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Die Ziele einer Geldanlage sind Sicherheit, ein angemessener Ertrag und rechtzeitige Verfügbarkeit. Im Zweifelsfall ist Sicherheit als vorrangiges Ziel vor einem höheren Ertrag anzusehen. Eine sachgerechte

Liquiditätsplanung muss die rechtzeitige Verfügbarkeit der Mittel sicher stellen.

Das Anlageuniversum, also die grundsätzlich zulässigen Anlageformen, sollten auch die möglichen kurz- und mittelfristigen Finanzinstrumente aufgezählt werden. Ein möglicher Regelungsinhalt könnte lauten:

§ 3 Anlageuniversum

- (1) Bei kurz- und mittelfristigen Geldanlagen nach § 1 Nr.1, Nr.2 sind ausschließlich Finanzinstrumente, die einen Ertrag in Form bereits vorab fest stehender Zinsen erbringen, zulässig. Kursrisiken oder anderweitige Kapitalverluste müssen ausgeschlossen sein.
- (2) Für langfristige Geldanlagen im Sinne der § 1 Nr.3 ist nach Maßgabe des § 22 Abs3 GemHVO auch die Anlage in Investmentfonds mit Aktienanteil zulässig. Auch Bareinlagen mit einer variablen Verzinsung, sofern diese durch einen Mindestzinssatz gesichert ist, sind zulässig.

Die weiteren Restriktionen für die Anlage in Investmentfonds mit Aktienanteilen sollten in einem weiteren Punkt aufgeführt werden:

§ 4 Anteile an Investmentfonds

- (1) Zulässig sind ausschließlich Investmentfonds, die von Investmentgesellschaften, die ihren Sitz in der Europäischen Union haben, verwaltet werden.
- (2) Fondsanteile müssen auf Euro lauten. Sitz des Emittenten muss innerhalb eines der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sein.
- (3) Der Fonds darf nur Standardwerte in angemessener Streuung und Mischung enthalten.

- (4) Wandel- und Optionsanleihen dürfen nicht im Fonds enthalten sein. Auch ein Hinzuerwerb ist nicht zulässig.
- (5) Aktien, Aktienfondsanteile und Anteile an offenen Immobilienfonds dürfen dreißig Prozent des Vermögens des Investmentfonds nicht überschreiten. Sollte sich die Zusammensetzung des Fonds durch Kurssteigerungen verändern, so sind Überschreitungen dieses Limits gegebenenfalls innerhalb eines Jahres auszugleichen.
- (6) Mindestens siebenzig Prozent der jeweiligen Investmentfonds müssen aus festverzinslichen börsengehandelten Wertpapieren bestehen. Die betreffenden Wertpapiere müssen im Durchschnitt ein Bonitätsrating von mindestens AA- beziehungsweise Aa3 aufweisen.

Auch die zulässigen Geldinstitute, bei denen die Anlageformen abgeschlossen werden, müssen festgehalten werden:

§ 5 Geldinstitute und Kapitalanlagegesellschaften

- (1) Geldanlagen gemäß § 1 Nr.1 und 2 sind grundsätzlich bei Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen und Banken mit einer der folgenden oder gleichwertigen Sicherungseinrichtung zulässig:
 - Sicherungssystem der Sparkassenverbände
 - Sicherungssystem der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken
 - Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands Deutscher Banken
 - Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands
- (2) Investmentfonds dürfen nur von Institutionen mit Sitz in der Europäischen Union verwaltet werden.

Um eine angemessene Streuung und Mischung zu gewährleisten, müssen prozentuale Maximal-Anteile aufgenommen werden. Dies kann wie oben gezeigt durch eine tabellarische Auflistung oder das einfache Festschreiben maximaler Anteile verhältnismäßig risikoreicher Anlageklassen geschehen.

§ 6 Streuung und Mischung

- (1) Bei der Geldanlage ist insgesamt auf eine angemessene Streuung und Mischung zu achten.
- (2) Der Anteil an Investmentfonds im Gesamtportfolio soll 30 % nicht übersteigen.

Um den Einsatz von Derivaten zu begrenzen und einen spekulativen Einsatz dieser zu verhindern, müssen auch hier explizite Regelungen getroffen werden.

§ 7 Einsatz derivativer Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie mit einem Grundgeschäft (Konnexität) verbunden sind. Sie dürfen ausschließlich der Risikoverminderung dienen. Werden derivative Finanzinstrumente genutzt, ist der Gemeinderat vierteljährlich über deren Entwicklung zu unterrichten.

Zuletzt sollen auch die Berichtspflichten und die Überprüfungszeiträume aufgenommen werden.

§ 8 Berichtspflichten und Überprüfung der Anlagerichtlinie

- (1) Der zuständige Gemeindebedienstete hat den Gemeinderat halbjährlich über die Entwicklung der Geldanlagen zu unterrichten. Hierzu hat er Nachweise des Vermögens, gegebenenfalls der Ratingstruktur und der Vermögensveränderung zu erstellen. Des Weiteren hat ein Ausblick auf die zu erwartende Entwicklung zu erfolgen.
- (2) Die Anlagerichtlinie ist situations- und problembezogen zu überprüfen. Mindestens einmal jährlich hat eine Überprüfung im Gemeinderat statt zu finden.

10 Fazit

Die erarbeitete Richtlinie basiert auf der Analyse der gesetzlichen Vorschriften und kommunalen Gegebenheiten. Bei der Strukturierung und inhaltlichen Ausgestaltung wurden Anlagerichtlinien aus anderen Bereichen als beispielhafte Orientierungshilfen genutzt. Die der Arbeit beigelegte Musterrichtlinie kann nach einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss in der Gemeinde Neckarwestheim angewandt werden. Die Darstellung im „Baukastenprinzip“ soll eine einfache Anpassung bestimmter Passagen auf veränderte Bedingungen ermöglichen.

Die Anlagerichtlinie soll dazu dienen, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und sowohl den Entscheidungen des Bürgermeisters als auch denen des Kämmerers eine Legitimation zu verleihen. Die Angriffsfläche gegenüber Gemeinderat und Bürgerschaft ist für die Ausführenden der Anlagerichtlinie sehr gering. Auch in der Kommunikation mit den Geldinstituten kann die schriftliche Fixierung des Anlageuniversums eine erhebliche Vereinfachung darstellen. Den Geldinstituten werden genaue Normierungen vorgeben, aufgrund derer sie bereits eine geeignete Vorauswahl der Finanzinstrumente, die sie vorschlagen, treffen können. Auch für die Banken stellt dies gerade im Hinblick auf Beratungsvorschriften eine wesentliche Erleichterung dar.

In der Zukunft könnte noch eine Erweiterung der Anlagerichtlinien um ethische Aspekte vorgenommen werden. So könnten Kommunen auch ihrer gesellschaftlicher Verantwortung Rechnung tragen. Zwar sind die Auswirkungen auf kommunale Investments eher begrenzt, da durch die gesetzlichen Vorschriften bereits viele Finanzinstrumente, die ethische Bedenken auslösen könnten, aus dem Portfolio heraus fallen. Jedoch könnte auch dieser Punkt die Akzeptanz in der Bürgerschaft für die Verwendung der Steuergelder darstellen.

Anlagen

Anlage 1: Anlagerichtlinie für die Gemeinde Neckarwestheim

Richtlinie für die Geldanlage der Gemeinde Neckarwestheim (Anlagerichtlinie)

Aufgrund des § 91 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) in Verbindung mit § 22 Abs. 3 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) hat der Gemeinderat der Gemeinde Neckarwestheim am xx.xx.xxxx die folgenden Richtlinien für die langfristige Geldanlage der Gemeinde (Geldanlagerichtlinie) beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Die Geldanlagerichtlinien finden auf sämtliche Geldanlagen Anwendung. Hierbei sollen die folgenden Anlagearten unterschieden werden:

1. Kurzfristige Anlage von Kassenmittel

Hierunter fallen kurzfristige Geldanlagen aus Kassenmittel, die im Rahmen der laufenden Geschäfte vorübergehend nicht benötigt werden.

2. Mittelfristige Anlage gebundener Rücklagemittel

Hierunter fallen kurz- oder mittelfristige Geldanlagen aus liquiden Rücklagemitteln, die nicht als Betriebsmittel der Kasse benötigt werden, jedoch im Rahmen der Finanzplanung für spätere Auszahlungen benötigt werden.

3. Langfristige Anlage freier Rücklagemittel

Hierunter fallen mittel- bis langfristige Geldanlagen aus liquiden Rücklagemitteln, die innerhalb des fünfjährigen Finanzplanungszeitraums für Auszahlungen nicht benötigt werden.

§ 2 Anlageziele

Auf sämtliche in § 1 genannten Geldanlagen sind die Vorschriften der Gemeindeordnung in Verbindung mit der Gemeindegeldanlagenverordnung sowie der Gemeindehaushaltsverordnung in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Die Ziele einer Geldanlage sind Sicherheit, ein angemessener Ertrag und rechtzeitige Verfügbarkeit. Im Zweifelsfall ist Sicherheit als vorrangiges Ziel vor einem höheren Ertrag anzusehen. Eine sachgerechte Liquiditätsplanung muss die rechtzeitige Verfügbarkeit der Mittel sicher stellen.

§ 3 Anlageuniversum

- (1) Bei kurz- und mittelfristigen Geldanlagen nach § 1 Nr.1, Nr.2 sind ausschließlich Finanzinstrumente, die einen Ertrag in Form bereits vorab feststehender Zinsen erbringen, zulässig. Kursrisiken oder anderweitige Kapitalverluste müssen ausgeschlossen sein.
- (2) Für langfristige Geldanlagen im Sinne der § 1 Nr.3 ist nach Maßgabe des § 22 Abs3 GemHVO auch die Anlage in Investmentfonds mit Aktienanteil zulässig. Auch Bareinlagen mit einer variablen Verzinsung, sofern diese durch einen Mindestzinssatz gesichert ist, sind zulässig.

§ 4 Anteile an Investmentfonds

- (1) Zulässig sind ausschließlich Investmentfonds, die von Investmentgesellschaften, die ihren Sitz in der Europäischen Union haben, veraltet werden.
- (2) Fondsanteile müssen auf Euro lauten. Sitz des Emittenten muss innerhalb eines der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sein.
- (3) Der Fonds darf nur Standardwerte in angemessener Streuung und Mischung enthalten.

- (4) Wandel- und Optionsanleihen dürfen nicht im Fonds enthalten sein. Auch ein Hinzuerwerb ist nicht zulässig.
- (5) Aktien, Aktienfondsanteile und Anteile an offenen Immobilienfonds dürfen dreißig Prozent des Vermögens des Investmentfonds nicht überschreiten. Sollte sich die Zusammensetzung des Fonds durch Kurssteigerungen verändern, so sind Überschreitungen dieses Limits gegebenenfalls innerhalb eines Jahres auszugleichen.
- (6) Mindestens siebenzig Prozent der jeweiligen Investmentfonds müssen aus festverzinslichen börsengehandelten Wertpapieren bestehen. Die betreffenden Wertpapiere müssen im Durchschnitt ein Bonitätsrating von mindestens AA- beziehungsweise Aa3 aufweisen.

§ 5 Geldinstitute und Kapitalanlagegesellschaften

- (1) Geldanlagen gemäß § 1 Nr.1 und 2 sind grundsätzlich bei Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen und Banken mit einer der folgenden oder gleichwertigen Sicherungseinrichtung zulässig:
 - Sicherungssystem der Sparkassenverbände
 - Sicherungssystem der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken
 - Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands Deutscher Banken
 - Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands
- (2) Investmentfonds dürfen nur von Institutionen mit Sitz in der Europäischen Union verwaltet werden.

§ 6 Streuung und Mischung

- (1) Bei der Geldanlage ist insgesamt auf eine angemessene Streuung und Mischung zu achten.

- (2) Der Anteil an Investmentfonds im Gesamtportfolio soll 30 % nicht übersteigen.

§ 7 Einsatz derivativer Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie mit einem Grundgeschäft (Konnexität) verbunden sind. Sie dürfen ausschließlich der Risikoverminderung dienen. Werden derivative Finanzinstrumente genutzt, ist der Gemeinderat vierteljährlich über die Entwicklung zu unterrichten.

§ 8 Berichtspflichten und Überprüfung der Anlagerichtlinie

- (1) Der zuständige Gemeindebedienstete hat den Gemeinderat halbjährlich über die Entwicklung der Geldanlagen zu unterrichten. Hierzu hat er Nachweise des Vermögens, gegebenenfalls der Ratingstruktur und der Vermögensveränderung zu erstellen. Des Weiteren hat ein Ausblick auf die zu erwartende Entwicklung zu erfolgen.
- (2) Die Anlagerichtlinie ist situations- und problembezogen zu überprüfen. Mindestens einmal jährlich hat eine Überprüfung im Gemeinderat statt zu finden.

§ 9 Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am xx.xx.xxxx in Kraft.

Anlage 2: Hauptsatzung der Gemeinde Neckarwestheim

Gemeinde Neckarwestheim

Landkreis Heilbronn

Hauptsatzung

Aufgrund § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg - GemO - hat der Gemeinderat am 12. Juni 2002 folgende Hauptsatzung beschlossen. Zuletzt geändert wurde die Satzung am 18. Juni 2008

I. Form der Gemeindeverfassung

§ 1 Gemeinderatsverfassung

Verwaltungsorgane der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.

II. Gemeinderat

§ 2 Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen oder dem Bürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeinde für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

§ 3 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäten).

Für die Zahl der Gemeinderäte ist die nächstniedrigere Gemeindegrößengruppe nach § 25 Absatz 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg maßgebend.

III. Ausschüsse des Gemeinderats

§ 4 Beratende Ausschüsse

Der Gemeinderat setzt nach jeder regelmäßigen Wahl ständig beratende Ausschüsse ein und legt deren Zuständigkeit durch Beschluss fest. Darüber hinaus kann der Gemeinderat jederzeit für bestimmte Angelegenheiten beratende Sonderausschüsse einsetzen.

IV. Bürgermeister

§ 5 Rechtsstellung

Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit.

§ 6 Zuständigkeiten

1. Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung.

Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben.

Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten ist.

2. Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:

2.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 20.000 Euro im Einzelfall;

2.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung bis zu 3.000 Euro im Einzelfall;

2.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Entgeltgruppe 1 bis 9, Aushilfsangestellten, Arbeitern, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen;

2.4 die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien;

2.5 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigabigkeitsleistungen bis zu 2.500 Euro im Einzelfall;

2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall,

2.6.1 bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe,

2.6.2 über 3 Monate bis zu 1 Jahr bis zu einem Betrag von 6.000 Euro,

2.7 den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 3.000 Euro beträgt;

2.8 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis 25.000 Euro im Einzelfall;

2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 5.000 Euro im Einzelfall;

2.10 die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 13.000 Euro im Einzelfall;

2.11 die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt;

2.12 die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger zu den Beratungen einzelner

Angelegenheiten im Gemeinderat und in beschließenden Ausschüssen

2.13 die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz.

2.14 die Grundsatzentscheidung über die Anlage des längerfristigen gemeindlichen Geldvermögens

2.15 die Entscheidung über Sondernutzungen

2.16 die Abgabe eines Negativzeugnisses nach den Vorkaufsrechtsbestimmungen des Baugesetzbuches

2.17 die Erteilung des Einvernehmens gem. 19 Abs. 3 Baugesetzbuch

2.18 die Erteilung von Genehmigungen gem. § 144 Baugesetzbuch

2.19 die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde gemäß § 35 i.V.m. § 36

Baugesetzbuch zu Genehmigungsanträgen auf Durchführung von Maßnahmen zur Bodenverbesserung mit einer Aufschüttung von bis zu 20 cm Erde sowie einer Hangneigung der Grundstücke von einem Mittelwert von 10 % im Außenbereich gemäß § 35 Baugesetzbuch

2.20 die Abgabe von Erklärungen in Bausachen, zu denen die Gemeinde als Angrenzer i.S. von § 56 Landesbauordnung gehört wird, soweit Verstöße planungs- und bauordnungsrechtlicher Art nicht vorliegen, sowie nach § 55 Landesbauordnung.

V. Stellvertretung des Bürgermeisters

§ 7 Stellvertreter des Bürgermeisters

Es werden drei Stellvertreter des Bürgermeisters aus der Mitte des Gemeinderates gewählt.

VI. Schlussbestimmungen

§ 8 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am 1. Juli 2002 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Hauptsatzung vom 14. Dezember 1988 mit ihren Änderungen außer Kraft.

Neckarwestheim, 12. Juni 2002

gez. Mario Dürr, Bürgermeister

Diese Fassung beinhaltet die Änderungen vom 25. Januar 2006 und 18. Juni 2008

Anlage 3: Satzung der Bürgerstiftung Neckarwestheim

Satzung der Bürgerstiftung Neckarwestheim in der Fassung vom 19. März 1997

§ 1 Name, Sitz, Rechtsform

- (1) Die von der Gemeinde Neckarwestheim errichtete Stiftung führt den Namen "Bürgerstiftung Neckarwestheim". Sitz der Stiftung ist Neckarwestheim.
- (2) Sie ist eine rechtsfähige örtliche Stiftung des öffentlichen Rechts im Sinne von § 31 Stiftungsgesetz in Verbindung mit § 101 Gemeindeordnung.

§ 2 Stiftungszweck

- (1) Die Stiftung trägt bei zur Erfüllung von kulturellen, sportlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zwecken durch und für die Gemeinde Neckarwestheim, für ihre Einwohner sowie für die örtlichen Einrichtungen, Organisationen und Institutionen und für Einrichtungen, Organisationen und Institutionen mit örtlichem Bezug.
- (2) Die Wahrnehmung dieser Aufgaben kann die Stiftung unter anderem fördern durch:
 - Unterstützung von Besuchen von Einwohnern in Freibädern und Hallenbädern in der Umgebung
 - Organisation von Bäderfahrten
 - Organisation und Durchführung von kulturellen, sportlichen und sonstigen Veranstaltungen bzw. Unterstützung von Veranstaltungsbesuchen von Einwohnern
 - Unterstützung der Arbeit der Gemeinde Neckarwestheim und von gemeinnützigen oder mildtätigen Vereinen und Organisationen
 - Gewährung von einmaligen und laufenden Zuschüssen an die Gemeinde Neckarwestheim für die Erfüllung von kulturellen, sportlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zwecken durch die Gemeinde Neckarwestheim
 - Unterstützung bzw. Durchführung von Aktivitäten insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, Heimatpflege und Völkerverständigung.

§ 3 Stiftungsvermögen

- (1) Zur Bildung des Stiftungsvermögens stellt die Gemeinde Neckarwestheim ein Stiftungskapital von 10.000.000 DM zur Verfügung.
- (2) Zur Aufstockung des Stiftungsvermögens können Zustiftungen von natürlichen und juristischen Personen durch die Stiftung angenommen werden.

§ 4 Mittelverwendung

- (1) Die Stiftung erfüllt ihren Zweck aus den Erträgen des Stiftungsvermögens.
- (2) Die Erträge aus dem Stiftungsvermögen sind in dieser Reihenfolge zu verwenden:
 - a) zur Erfüllung des Stiftungszwecks,
 - b) zur Zuführung zum Stiftungsvermögen zum Ausgleich der eingetretenen Geldentwertung,
 - c) zur Zuführung an die Allgemeine Rücklage gemäß Abs. 3,
 - d) zur Aufstockung des Stiftungsvermögens.
- (3) Die Stiftung bildet zur Sicherung der Haushaltswirtschaft (i.d.R. zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts) eine Allgemeine Rücklage. Die Rücklagenhöhe wird auf 3 % des jeweiligen Stiftungsvermögens begrenzt.

§ 5 Organe der Stiftung

- (1) Die Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und der Vorstand.
- (2) Der Stiftungsrat besteht aus dem jeweiligen Bürgermeister als stimmberechtigten Vorsitzenden und den jeweiligen Mitgliedern des Gemeinderats der Gemeinde Neckarwestheim.
- (3) Vorstand der Stiftung und Vorsitzender des Stiftungsrates ist der jeweilige Bürgermeister der Gemeinde Neckarwestheim.
- (4) Die Zuständigkeiten des Stiftungsrates und des Vorstands regeln sich nach den entsprechenden Vorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und der Hauptsatzung der Gemeinde Neckarwestheim für Gemeinderat und Bürgermeister.
- (5) Für den Geschäftsgang der Sitzungen des Stiftungsrates gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg über die Sitzungen des Gemeinderats.
- (6) Die Organe üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Für die Entschädigung gilt die Satzung der Gemeinde Neckarwestheim über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit.

§ 6 Verwaltungs- und Wirtschaftsführung

- (1) Die Verwaltung der Stiftung erfolgt durch die Gemeinde Neckarwestheim.
- (2) Die Verwaltungs- und Wirtschaftsführung richtet sich nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

§ 7 Satzungsänderung, Aufhebung der Stiftung

- (1) Die Satzung und der Stiftungszweck können durch Beschluß des Stiftungsrates geändert werden. Die Stiftung kann aufgrund wesentlicher Veränderungen der Verhältnisse durch Beschluß des Stiftungsrates aufgehoben werden.
- (2) Der Beschluß über die Änderung der Satzung bzw. des Stiftungszwecks oder die Aufhebung der Stiftung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder des Stiftungsrates.

§ 8 Verwendung des Stiftungsvermögens

- (1) Zur Erfüllung satzungsgemäßer Zwecke (§ 2) ist es zulässig im Sinne von § 7 Abs. 2 Stiftungsgesetz, jährlich maximal ein Zehntel des Stiftungsvermögens zu verwenden. Zunächst sind jedoch vorhandene Mittel der Allgemeinen Rücklage gemäß § 4 zu verwenden.
- (2) Ein Beschluß im Sinne von Absatz 1 bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder des Stiftungsrates.
- (3) Im Falle der Aufhebung der Stiftung fällt ihr Vermögen an die Gemeinde Neckarwestheim.

§ 9 Inkrafttreten

Vorstehende Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung der Genehmigung der Stiftung durch die Stiftungsbehörde in Kraft.

Anlage 4: Anlagerichtlinie der Evangelisch-reformierten Kirche

Anlagerichtlinien

12.112

Anlagerichtlinien gemäß § 72 Absatz 4 Satz 2 der Haushaltsordnung der Evangelisch-reformierten Kirche

vom 19. November 2010

(GVBl. Bd. 19 S. 166)

Das Moderamen der Gesamtsynode erlässt zur Ausführung von § 72 Absatz 4 Satz 2 Haushaltsordnung die folgenden Ausführungsbestimmungen:

§ 1

„Bei der Anlage von Kapital ist auf eine angemessene Mischung und Streuung der Anlageformen zu achten. „Der Grundsatz der Sicherheit einer Anlage hat Vorrang. „In Zweifelsfällen ist eine Auskunft des Landeskirchenamtes einzuholen.

§ 2

„Die im Bestand gehaltenen Anlagen und deren Gewichtung sind regelmäßig, mindestens jedoch jährlich zu prüfen. „Weichen die Anlagen von Vorgaben der Anlagerichtlinien ab, sollen sie binnen sechs Monaten angeglichen werden.

§ 3

„Die Kapitalanlagen sind gemäß beiliegender Aufstellung zu strukturieren. „Die dort vorgegebenen Höchstgrenzen sind einzuhalten.

§ 4

„Die Kapitalanlagen sollen ethischen Mindeststandards entsprechen. „Der Nachhaltigkeitsfilter der Bank für Kirche und Diakonie e.G. wird als Maßstab empfohlen.

§ 5

Diese Ausführungsbestimmungen treten am 1. Januar 2010 in Kraft.

Anlage 1

Tabelle der Bankprodukte / Wertpapieranlagen:

Anlage-Qualität	Bankprodukte / Wertpapieranlagen	Gewichtung in Relation zum Finanzvermögen
A	<ul style="list-style-type: none"> - Anlageprodukte von Banken, die durch einen Einlagensicherungsfonds abgesichert sind, wie z.B. Festgelder / Tagesgelder / Sparbriefe oder Wachstumssparen - Bundesschatzbriefe - Finanzierungsschätze 	Mindestens 20 % des Finanzvermögens sind in dieser Qualität anzulegen.
B	<ul style="list-style-type: none"> - auf € lautende Geldmarkt- und geldmarktnahe Fonds - festverzinsliche Euro-Anleihen (Inhaberschuldverschreibungen (IHS)), wenn sie durch einen Einlagensicherungsfonds abgesichert und nicht nachrangig sind, Anleihen der öffentlichen Hand, deren Bonität ein Mindestrating von AAA bis einschließlich A- aufweisen) - vom Landeskirchenamt aufgelegte und betreute Spezialfonds 	Anlagen dieser Qualität dürfen bis zu 80 % des Finanzvermögens betragen.
C	<ul style="list-style-type: none"> - Geschäftsanteile und Genussrechte von Banken in der Rechtsform einer e.G., die dem Institutschutz des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angehören - gedeckte Papiere (z.B. Pfandbriefe, deren Bonität ein Mindestrating von AAA bis einschließlich A- aufweisen) 	Anlagen dieser Qualität dürfen bis zu 40 % des Finanzvermögens betragen, zusammen mit den Anlagen in Qualität B jedoch nicht mehr als 80 %.

Anlage- Qualität	Bankprodukte / Wertpapieranlagen	Gewichtung in Relation zum Finanzvermögen
D	<ul style="list-style-type: none"> - Festverzinsliche Euro-Wertpapiere (auch Unternehmensanleihen), wenn sie keinem Sicherungsfonds unterliegen und nicht nachrangig sind; deren Bonität von AAA bis einschließlich A- aufweist - Mischfonds und Spezialfonds mit einem Aktienanteil von bis zu 30 %, mit Anlageschwerpunkt Euroraum - Vermögensverwaltung mit einem Aktienanteil von bis zu 30 % - Rentenfonds mit Anlageschwerpunkt Euroraum - Zertifikate mit Kapitalgarantie - Fonds mit Kapitalgarantie 	Anlagen dieser Qualität dürfen bis zu 30 % des Finanzvermögens betragen, zusammen mit den Anlagen der Qualität C jedoch nicht mehr als 40 %.
E	<ul style="list-style-type: none"> - Internationale Rentenfonds - Aktienfonds (z.B. Öko-Aktienfonds) - Mischfonds oder Spezialfonds mit einem höheren Aktienanteil als 30 % - Vermögensverwaltung mit einem höheren Aktienanteil als 30 % - offene und geschlossene Immobilienfonds mit Schwerpunkt Europa 	Anlagen dieser Qualität dürfen bis zu 10 % des Finanzvermögens betragen, zusammen mit den Anlagen Qualität C und D jedoch nicht mehr als 40 % bzw. 30 %.

Anlage 5: Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2002 bis 2011

URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/Eckdaten%20-zur-Entwicklung.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [01.09.2012]

August 2012

Einnahmen des Verwaltungshaushalts^{*)} der Gemeinden und Gemeindeverbände 2002 bis 2011

(ohne Stadtstaaten)

Einnahmeart	alte Länder										neue Länder									
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	In Mrd. Euro									
Steuern und steuerähnliche Einnahmen dar.: Gewerbesteuer (netto) Gemeindeanteil an der ESt Gemeindeanteil an der USt Grundsteuer	43,5	42,8	46,8	49,1	55,4	59,9	63,5	55,8	57,2	62,5	4,0	4,1	4,6	5,2	5,6	6,2	7,1	6,4	6,7	7,3
Zuweisungen von Ländern dar.: allgemeine Zuweisungen zweckgebundene Zuweisungen	29,4	27,9	29,1	31,5	32,6	36,7	39,4	40,3	40,9	43,5	11,2	11,1	10,8	12,0	12,0	12,4	12,9	13,3	12,8	13,0
Gebühren Sonstige Einnahmen (abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene) dar.: Konzessionsabgaben	14,1	14,2	14,2	13,9	14,1	14,1	13,9	13,8	14,2	14,5	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1
Einnahmen des Verwaltungshaushalts insgesamt	105,9	102,6	107,9	112,1	120,3	130,0	136,0	130,2	132,8	140,7	20,3	20,1	20,4	21,9	22,5	23,5	25,1	24,9	24,6	25,6
Anteil an den Einnahmen des Verwaltungshaushalts insgesamt in %																				
Steuern und steuerähnliche Einnahmen dar.: Gewerbesteuer (netto) Gemeindeanteil an der ESt Gemeindeanteil an der USt Grundsteuer	41,1	41,7	43,3	43,8	46,1	46,1	46,7	42,8	43,1	44,4	19,9	20,4	22,4	23,6	24,8	26,2	28,4	25,8	27,0	28,4
Zuweisungen von Ländern dar.: allgemeine Zuweisungen zweckgebundene Zuweisungen	27,8	27,2	27,0	28,1	27,1	28,3	29,0	31,0	30,8	30,9	55,2	55,2	52,8	54,6	53,4	52,6	51,5	53,7	51,9	51,1
Gebühren Sonstige Einnahmen (abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene) dar.: Konzessionsabgaben	13,3	13,9	13,2	12,4	11,7	10,9	10,2	10,6	10,7	10,3	10,2	10,4	10,1	9,2	9,0	8,5	7,9	8,0	8,2	8,2
Einnahmen des Verwaltungshaushalts insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^{*)} beinhaltet um Zahlungen von gleicher Ebene: enthält nicht die haushaltstechnischen Verrechnungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge
Quelle: Stat. Bundesamt, Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2011 Kassensatz
Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind nicht alle kommunalen Finanzdaten uneingeschränkt interpretationsfähig. Ursache hierfür sind u.a. buchungstechnische Probleme im Zusammenhang mit der Doppelkumulation in einzelnen Flächenländern.

Ausgaben des Verwaltungshaushalts^{*)} der Gemeinden und Gemeindeverbände 2002 bis 2011

(ohne Stadtstaaten)

Ausgabeart	alte Länder										neue Länder									
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mrd. Euro																			
Personalausgaben Laufender Sachaufwand Zinsausgaben Laufende Zuweisungen und Zuschüsse Soziale Leistungen	32,7	33,2	33,3	33,8	33,7	33,8	35,1	36,7	37,4	38,5	7,3	7,3	7,2	6,9	6,9	6,8	7,3	7,7	7,7	7,9
	24,5	24,5	25,0	25,5	27,3	28,4	30,5	31,5	33,3	33,6	4,9	4,8	4,7	4,7	4,8	4,8	5,0	5,2	5,3	5,7
	4,3	4,2	4,0	4,0	4,1	4,5	4,6	3,9	3,8	3,8	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,5	0,5
	11,9	11,9	12,4	12,7	12,7	13,4	14,4	15,2	15,9	16,0	2,5	2,4	2,4	2,5	2,6	2,6	2,8	3,0	3,2	3,3
	24,3	26,1	27,6	29,4	30,7	31,6	32,4	34,2	35,6	36,8	3,8	4,2	4,6	5,8	6,1	6,3	6,2	6,3	6,3	6,5
Sonstige Ausgaben (abzüglich Zahlungen an gleiche Ebene)	4,0	3,8	3,6	3,4	3,3	3,7	3,9	4,1	4,4	4,5	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
Ausgaben des Verwaltungshaushalts insgesamt	101,7	103,8	106,0	108,8	111,9	115,3	120,8	125,6	130,4	133,1	19,6	19,7	19,8	20,8	21,3	21,5	22,2	23,1	23,3	24,1
Anteil an den Ausgaben des Verwaltungshaushalts insgesamt in %																				
Personalausgaben Laufender Sachaufwand Zinsausgaben Laufende Zuweisungen und Zuschüsse Soziale Leistungen	32,1	32,0	31,4	31,1	30,2	29,3	29,0	29,3	28,7	28,9	37,4	37,2	36,2	33,3	32,3	31,7	32,8	33,3	33,1	32,7
	24,1	23,6	23,5	23,5	24,4	24,7	25,2	25,0	25,5	25,2	25,1	24,5	23,8	22,6	22,5	22,5	22,6	22,7	22,8	23,5
	4,2	4,0	3,8	3,7	3,7	3,9	3,8	3,1	2,9	2,8	4,4	4,2	4,0	3,7	3,5	3,3	3,1	2,5	2,2	2,0
	11,7	11,5	11,7	11,7	11,4	11,6	11,9	12,1	12,2	12,0	12,9	12,1	12,3	11,8	12,0	12,2	12,6	13,1	13,7	13,8
	23,9	25,2	26,1	27,0	27,4	27,4	26,8	27,2	27,3	27,6	19,7	21,4	23,1	27,8	28,9	29,2	27,8	27,3	27,0	26,9
Sonstige Ausgaben (abzüglich Zahlungen an gleiche Ebene)	3,9	3,7	3,4	3,2	3,0	3,2	3,2	3,3	3,4	3,4	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8	1,0	1,1	1,1	1,2	1,1
Ausgaben des Verwaltungshaushalts insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene; enthält nicht die haushaltstechnischen Verrechnungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge.

Quelle: Stat. Bundesamt, Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2011. Kassenstatistik.

Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind nicht alle kommunalen Finanzdaten uneingeschränkt interpretationsfähig. Ursache hierfür sind u.a. buchungstechnische Probleme im Zusammenhang mit der Doppelmstellung in einzelnen Flächenländern.

Einnahmen des Vermögenshaushalts^{*)} der Gemeinden und Gemeindeverbände 2002 bis 2011

(ohne Stadtstaaten)

Einnahmeart	alte Länder										neue Länder									
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mrd. Euro																			
Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse Kapitaleinlagen	2,1	1,5	1,1	1,2	0,7	1,1	0,5	0,4	0,9	0,6	0,3	0,2	0,4	0,2	1,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens dar.: Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken	4,3	4,4	4,4	4,2	3,8	3,4	3,2	2,8	3,2	3,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Beiträge	3,9	4,2	4,3	4,0	3,7	3,3	3,1	2,7	3,1	3,4	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Investitionszuweisungen von Ländern	1,9	1,8	1,7	1,6	1,4	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2
Sonstige Einnahmen (abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene)	4,6	4,7	4,5	4,5	4,6	4,9	5,0	5,4	6,6	6,1	3,3	3,1	3,2	2,8	2,7	2,8	2,9	2,9	3,1	2,6
Einnahmen des Vermögenshaushalts insgesamt	2,1	1,8	1,7	1,6	1,8	1,6	1,6	2,2	1,9	2,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
	15,1	14,2	13,2	13,0	12,4	12,4	11,5	11,9	13,8	13,8	4,9	4,6	4,6	4,0	4,9	3,9	3,8	3,8	4,1	3,6
Anteil an den Einnahmen des Vermögenshaushalts insgesamt in %																				
Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse Kapitaleinlagen	14,1	10,8	8,0	9,0	5,9	9,0	4,0	3,3	6,8	4,2	6,0	3,8	7,7	4,0	24,2	2,6	2,6	3,5	1,7	0,9
Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens dar.: Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken	28,6	30,8	33,1	32,1	31,0	27,4	28,2	23,7	23,3	25,4	13,1	13,2	10,8	11,0	9,4	11,9	12,0	9,3	9,0	9,8
Beiträge	25,7	29,2	32,2	30,0	29,8	26,4	27,2	22,0	22,2	24,4	11,0	11,9	9,7	9,8	8,4	10,7	10,4	8,1	8,0	8,0
Investitionszuweisungen von Ländern	12,7	12,9	12,6	12,1	11,6	10,7	10,5	9,9	8,5	8,8	4,5	4,8	4,4	4,6	3,5	4,1	4,0	3,7	3,5	4,8
Sonstige Einnahmen (abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene)	30,7	32,8	33,7	34,5	37,2	40,0	43,7	45,1	47,4	44,6	67,9	67,9	68,0	71,3	55,1	72,7	74,3	76,1	75,9	73,0
Einnahmen des Vermögenshaushalts insgesamt	13,9	12,8	12,5	12,3	14,3	12,9	13,6	18,1	14,0	17,0	8,6	10,3	9,1	9,0	7,7	8,7	7,2	7,3	9,9	11,5
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^{*)} bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene; enthält nicht die haushaltstechnischen Verrechnungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge.

Quelle: Stat. Bundesamt, Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2011 Kassenstatistik

Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind nicht alle kommunalen Finanzdaten uneingeschränkt interpretierbar. Ursache hierfür sind u.a. buchungstechnische Probleme im Zusammenhang mit der Doppelumstellung in einzelnen Flächenländern.

Ausgaben des Vermögenshaushalts^{*)} der Gemeinden und Gemeindeverbände 2002 bis 2011

(ohne Stadtstaaten)

Ausgabeart												Anteil an den Ausgaben des Vermögenshaushalts insgesamt in %									
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
in Mrd. Euro																					
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinzühen	0,8	0,9	0,8	1,1	1,0	1,0	1,1	3,6	1,6	1,9	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	
	5,2	4,0	3,8	3,9	4,0	4,0	4,2	4,4	4,0	3,9	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	
	3,3	2,4	2,2	2,3	2,3	2,4	2,6	2,3	2,0	1,9	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1	
	13,5	12,6	11,5	11,0	11,5	12,2	12,6	13,3	14,8	14,2	4,2	4,2	3,9	3,4	3,4	3,3	3,2	3,5	3,8	3,4	
Investitionszuweisungen	2,5	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2	1,8	1,9	2,1	2,2	0,7	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	
	0,7	0,6	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	1,4	1,0	1,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	
Ausgaben des Vermögenshaushalts insgesamt	22,8	20,6	19,0	18,9	19,5	20,2	20,5	24,6	23,5	23,5	5,9	5,8	5,3	4,6	4,7	4,6	4,5	4,9	5,1	4,6	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinzühen	3,7	4,2	4,2	5,6	5,3	5,0	5,4	14,6	6,8	8,0	1,3	1,3	0,8	1,3	1,2	1,7	1,0	1,6	0,7	1,3	
	22,9	19,6	19,9	20,4	20,6	20,0	20,5	18,0	17,0	16,5	12,4	10,1	10,3	10,9	10,6	10,3	13,5	12,3	12,1	10,5	
	14,5	11,7	11,7	12,0	11,0	12,0	12,0	9,5	8,7	8,0	5,0	4,4	4,5	4,0	4,3	4,1	5,8	4,7	4,1	3,1	
	59,4	61,2	60,6	58,1	59,1	60,4	61,7	54,1	62,9	60,6	71,7	73,5	74,7	73,1	72,4	72,9	69,6	71,4	74,0	73,9	
Investitionszuweisungen	10,9	11,9	11,3	11,8	11,5	10,8	8,7	7,7	9,1	9,5	12,7	13,8	12,7	13,0	13,9	13,9	14,2	12,8	12,3	13,0	
	3,1	3,1	4,0	4,1	3,6	3,7	3,6	5,6	4,1	5,4	1,9	1,2	1,5	1,7	1,9	1,1	1,8	1,9	0,9	1,3	
Ausgaben des Vermögenshaushalts insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

^{*)} bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene; enthält nicht die haushaltstechnischen Verrechnungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge

Quelle: Stat. Bundesamt, Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2011, Kassenstatistik

Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind nicht alle kommunalen Finanzdaten uneingeschränkt interpretationsfähig. Ursache hierfür sind u.a. buchungstechnische Probleme im Zusammenhang mit der Doppelumstellung in einzelnen Flächenländern.

Anlage 6: Grundsätze der Landeregierung

Nr. 8

GABl. 1982

297

standszahlung nur die bis zum Rücktritt entstandenen Kosten des Verkäufers umfassen.

4. Aufnahme in das Landeswohnungsbauprogramm, Ausnahmen

Der Beginn des Vorhabens steht der Förderung nicht entgegen, wenn das Vorhaben in das Landeswohnungsbauprogramm aufgenommen worden ist oder die zuständige Förderungsstelle eine Ausnahme zugelassen hat. Eine Ausnahme ist nur dann zulässig, wenn ein zeitlicher Aufschub aus sachlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar ist. Kann die Ausnahme nicht gleichzeitig mit der Vorlage des Antrags an die Landeskreditbank erteilt werden, sind die erforderlichen Förderungsmittel zu reservieren; die Reservierung ist in einer Vormerklisse festzuhalten. Die Erteilung einer Ausnahme gewährt noch keinen Rechtsanspruch auf eine Förderung.

(Az. nach dem kommunalen Aktenplan: 642.10)

GABl. S. 296

Bekanntmachung des Innenministeriums über die Grundsätze der Landeregierung über die Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden und den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften

Vom 3. März 1982 – Az. IV 2 A/27

Das Innenministerium gibt nachstehend die von der Landesregierung am 2. März 1982 beschlossenen Grundsätze über die Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden und den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften bekannt.

(Az. nach dem kommunalen Aktenplan: 020.00/010.00) GABl. S. 296

Anlage

Grundsätze der Landeregierung über die Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden und den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften

Vom 2. März 1982

Eine bestmögliche Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen dient dem Wohle der Bürger des Landes. Land und Kommunen sollen deshalb vertrauensvoll zusammenwirken. Bei der Zusammenarbeit der Landesbehörden und der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ist von den nachstehenden Grundsätzen auszugehen:

1. Das verfassungsrechtlich verbürgte Recht der kommunalen Selbstverwaltung gebietet Zurückhaltung bei allen staatlichen Maßnahmen gegenüber den kommunalen

Selbstverwaltungskörperschaften. Die Landesbehörden haben zu beachten, daß die Gemeinden und Landkreise politische Gemeinwesen sind mit Volksvertretungen, die auf Grund unmittelbarer Wahl demokratisch legitimiert sind, und nicht nur Verwaltungseinheiten.

2. Staatliche Tätigkeit gegenüber den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften soll in erster Linie darauf gerichtet sein, unterstützend und beratend zu wirken. Die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften sollen die ihnen zugewiesenen Angelegenheiten soweit wie möglich in eigener Verantwortung wahrnehmen können.
3. Die Aufsicht soll so ausgeübt werden, daß der Entscheidungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften möglichst nicht beeinträchtigt wird. Von förmlichen Aufsichtsmaßnahmen soll abgesehen werden, wenn Abhilfe über Beratung und Hinweise möglich ist. Bei der Ausübung der Aufsicht ist die unterschiedliche Verwaltungskraft der Kommunen zu beachten.
4. Kommunale Aufgaben sollen grundsätzlich freiwillige Aufgaben sein. Pflichtaufgaben dürfen nur aus dringenden sachlichen Gründen auferlegt werden.
5. Weisungsrechte sollen nur ausnahmsweise begründet, möglichst im Umfang beschränkt und mit der gebotenen Zurückhaltung ausgeübt werden. Empfehlungen haben Vorrang vor Weisungen. Bei der Ausübung von Weisungsrechten ist auf die unterschiedliche Verwaltungskraft der Kommunen Rücksicht zu nehmen.
6. Allgemeine Erlasse im Bereich der freiwilligen Aufgaben dürfen grundsätzlich nicht ergehen. Im übrigen dürfen allgemeine Erlasse an die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften nur ergehen, wenn ein dringendes Bedürfnis dafür besteht. Von Detailregelungen ist soweit wie möglich abzusehen. Soweit Hinweise und Empfehlungen ausreichen, ist auf verbindliche Regelungen zu verzichten.
7. Staatliche Mitwirkung bei kommunalen Maßnahmen soll nur dort vorgesehen werden, wo sie im Landesinteresse notwendig ist. Mitwirkungsakte sollen so rasch wie möglich ergehen.
8. Der Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit der kommunalen Aufgabenerfüllung ist auch bei den staatlichen Planungen zu berücksichtigen.
9. Zuwendungsregelungen müssen die besondere Stellung der Kommunen als eigenständige Träger öffentlicher Verwaltung berücksichtigen. Zweckzuweisungen dürfen nur vorgesehen werden, wenn ein erhebliches Landesinteresse an der kommunalen Aufgabenerfüllung besteht, das ohne die Zuwendungen nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann. Zuwendungsregelungen dürfen Anforderungen an das geförderte Vorhaben nur in unabdingbarem Umfang verbindlich vorschreiben und sollen wirtschaftlicheren Ausführungen, die dem Zweck entsprechen, nicht entgegenstehen. Das Verfahren ist möglichst einfach und einheitlich zu gestalten.

[illegible]

Anlage 8: Übersicht Bundeswertpapiere

URL: http://www.bundeswertpapiere.de/fileadmin/Material_Deutsche_Finanzagentur/PDF/Brosch%C3%BCren/bundeswertpapiere_auf-einen-blick_farbig.pdf
[30.08.2012].



Bundesrepublik Deutschland
Finanzagentur GmbH

Unternehmenskommunikation
Lurgallee 5, 60439 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 25616 1425 / Telefax: 069 / 25616 1139
Kundenservice – Center
Telefon: 0800 / 222 5510 / Telefax: 0800 / 222 5590
Aktuelle Konditionen Bundeswertpapiere
Anspiegeldienst (Dauermismissionen): 0800 / 222 5560
Fax auf Abruf (Dauermismissionen): 0800 / 222 5570
Fax auf Abruf (Börsennotierte): 0800 / 222 5580

BUNDESWEERTPAPIERE AUF EINEN BLICK

Merkmale	Tagesanleihe	Bundesschatzbriefe	Finanzierungsschätze	Bundesobligationen	Bundesanleihen
Stücklegung	0,01 €	0,01 €	0,01 €	0,01 €	0,01 €
Mindestauftrag	50 €, Keine Mindestbetragsgrenze bei Wiederanlagen von Zins- und Tilgungsleistungen aus dem Schuldbuch	50 €, 52 € im Direktvertrieb bei der Finanzagentur*	500 €	Börse: kein Mindestauftrag (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio €)	Börse: kein Mindestauftrag (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio €)
Anlagendeckungsbetrag	250.000 € je Person und Bankgewährung; keine Höchstbetragsgrenze bei Wiederanlagen von Zins- und Tilgungsleistungen aus dem Schuldbuch	unbeschränkt	250.000 € je Person und Geschäftstag	unbeschränkt bei Direktvertrieb Finanzagentur*; 250.000 € je Person und Geschäftstag ohne Wiederanlage und Umtausch	unbeschränkt
Zinszahlung	Immer zum 31.12. Umwendung in Anleihe	Typ A: jährlich Typ B: Zinsansammlung (Auszahlung der Zinsen mit Zinseszinsen bei Rückzahlung des Kapitals)	Abzinsung (Nennwert - Zinsen = Kaufpreis)	jährlich	jährlich
Zinsberechnungsmethode	actual/360	actual/actual	actual/actual	actual/actual	actual/actual
Laufzeit	unbefristet	Typ A: 6 Jahre Typ B: 7 Jahre	1 Jahr und 2 Jahre	5 Jahre	10 bzw. 30 Jahre
Rückzahlung	zum Tagespreis (Nennwert + Zinsen)	Typ A zum Nennwert Typ B zum Rückzahlungswert (= Nennwert + Zinsen)	zum Nennwert	zum Nennwert	zum Nennwert
Erwerb	jedermann, Direktvertrieb bei der Finanzagentur*	nur natürliche Personen, gebietsansässige Einrichtungen, die gemeinnützige, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, sowie WEG's ¹⁾	jedermann außer Kreditinstitute	jedermann Direktvertrieb bei der Finanzagentur* ²⁾ Ex Emissionen nur Mitglieder der Börsegruppe	jedermann Ex Emissionen nur Mitglieder der Börsegruppe
Verkauf bzw. vorzeitige Rückgabe	tägliche Rückgabe bei der Finanzagentur* zum Tagespreis möglich, max. 1 Mio. € je Gläubiger und Geschäftstag	nach dem 1. Laufzeitjahr bis zu 5.000 € je Gläubiger innerhalb von 30 Zinsstagen	nicht möglich	nach Börsenführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich	nach Börsenführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich
Übertragbarkeit auf Dritte	jederzeit ³⁾	jederzeit auf Erwerbsberechtigte ⁴⁾	jederzeit auf Erwerbsberechtigte ⁴⁾	jederzeit ⁴⁾	jederzeit ⁴⁾
Verkaufsstellen	Finanzagentur*	Finanzagentur* und Kreditinstitute	Finanzagentur* und Kreditinstitute	Kreditinstitute	Kreditinstitute
Lieferung		Wertrechte (= Anteile an einer Sammelschuldverbuchforderung oder Einzelschuldverbuchforderung), keine effektiven Stücke			
Verwaltung/Verwaltung		Finanzagentur*, Banken, Sparkassen, sowie Kreditgenossenschaften			
Kosten und Gebühren beim Erwerb	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Direktvertrieb Finanzagentur* ⁵⁾	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Finanzagentur* ⁵⁾
Einlösung bei Fälligkeit	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei bei Finanzagentur*, übliche Bankprovision	gebührenfrei bei Finanzagentur*, übliche Bankprovision
Verwaltung durch Kreditinstitute	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei
Finanzagentur*	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei
Alle Bundeswertpapiere sind mindelsicher. Börsennotierte Bundeswertpapiere werden bei Fälligkeit zum Nennwert (inflationsindexierte Papiere mindestens zum Nennwert) zurückgezahlt, während der Laufzeit unterliegen sie den Kursschwankungen des Marktes, US-Dollar-Anleihen unterliegen Wechselkurschwankungen (Währungsrisiko).					

* Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (kurz: Finanzagentur)

1) nur Erwerb der jeweils zuletzt börsennotierten Bundesobligation durch natürliche Personen, gebietsansässige Einrichtungen die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, sowie WEG's¹⁾ möglich

2) einmalige Gebühr in Höhe von 0,4 % des Kurswertes

3) von einem Schuldbuchkonto auf ein anderes Schuldbuchkonto gebührenfrei

4) Wohnungseigentümergeinschaft: wenn mehr als die Hälfte der Mitgliedschaften von natürlichen Personen gehalten wird

Stand: Juni 2011



BUNDESWEERTPAPIERE AUF EINEN BLICK

Merkmale	Bundesschatzanweisungen	Unverzinsliche Schatzanweisungen	Inflationsindexierte Anleihe	Inflationsindexierte Obligation	US-Dollar-Anleihe
Stückelung	0,01 €	0,01 €	0,01 €	0,01 €	1.000 U.S.\$
Mindestauftrag	Börse: kein Mindestauftrag (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio. €) unbeschränkt	kein Börsenhandel (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio. €) unbeschränkt	Börse: kein Mindestauftrag (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio. €) unbeschränkt	Börse: kein Mindestauftrag (Tenderverfahren: Mindestgebot 1 Mio. €) unbeschränkt	Börse: kein Mindestauftrag
Anlagehöchstbetrag	jährlich nachträglich	Abzinsung (Nennwert – Zinsen = Kaufpreis)	jährlich nachträglich, auf Basis des indexierten Zinssatzes	jährlich nachträglich, auf Basis des indexierten Zinssatzes	jährlich nachträglich
Zinszahlung	actual/actual	actual/360	actual/actual	actual/actual	30/360
Zinsberechnungsmethode	2 Jahre	3, 6, 9 oder 12 Monate	10 Jahre	5 Jahre	5 Jahre
Laufzeit	zum Nennwert	zum Nennwert	abhängig von Inflationsentwicklung, mindestens zum Nennwert	abhängig von Inflationsentwicklung, mindestens zum Nennwert	zum Nennwert
Rückzahlung	jedermann, Ex Emission nur Mitglieder der Bietgruppe	jedermann, Ex Emission nur Mitglieder der Bietgruppe	jedermann, Ex Emission nur Mitglieder der Bietgruppe	jedermann, Ex Emission nur Mitglieder der Bietgruppe	jedermann
Erwerber	nach Börseneinführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich	Verkauf über Finanzagentur* und Börse nicht vorgesehen;	nach Börseneinführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich	nach Börseneinführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich	nach Börseneinführung täglicher Verkauf zum aktuellen Kurs möglich
Verkauf bzw. vorzeitige Rückgabe	bei Verkauf über Finanzagentur* ¹ ; zum Bundesbank-Referenzpreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis	gegebenfalls als individuelle Vereinbarung möglich, sofern ein Käufer gefunden wird	bei Verkauf über Finanzagentur* ¹ ; zum Bundesbank-Referenzpreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis	bei Verkauf über Finanzagentur* ¹ ; zum Bundesbank-Referenzpreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis	bei Verkauf über Finanzagentur* ¹ ; zum Bundesbank-Referenzpreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis
Übertragbarkeit auf Dritte	jederzeit ²	jederzeit ³	jederzeit ³	jederzeit ³	jederzeit
Verkaufsstellen	Kreditinstitute				Miteigentumsanteil an einem in einer Globalurkunde verbriefen Wertpapier- sammlerverband Kreditinstitute
Lieferung	Wertrechte (= Anteile an einer Sammelschuldverschuldung oder Einzelschuldverschuldung), keine effektiven Stücke				
Verwaltung/Verwaltung bei Erwerb	Finanzagentur*, Banken, Sparkassen, sowie Kreditgenossenschaften				
Kosten und Gebühren	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision
Einlösung bei Fälligkeit	gebührenfrei bei Finanzagentur*; übliche Bankprovision	gebührenfrei bei Finanzagentur*; übliche Bankprovision	gebührenfrei bei Finanzagentur*; übliche Bankprovision	gebührenfrei bei Finanzagentur*; übliche Bankprovision	übliche Bankprovision
Verwaltung durch Kreditinstitute	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren
Finanzagentur*	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	nicht möglich
Alle Bundeswertpapiere sind mündelsicher. Börsennotierte Bundeswertpapiere werden bei Fälligkeit zum Nennwert (Inflationsindexierte Papiere mindestens zum Nennwert) zurückgezahlt, während der Laufzeit unterliegen sie den Kursschwankungen des Marktes, US-Dollar-Anleihen unterliegen Wechselkursschwankungen (Währungsrisiko).					

* Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (kurz: Finanzagentur)

2) einmalige Gebühr in Höhe von 0,4 % des Kurswertes

3) von einem Schuldbuchkonto auf ein anderes Schuldbuchkonto gebührenfrei

Anlage 9: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung

URL: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.g14.g11.htm [14.08.2012].

[Suche: § 52 BWGemHVO erläutern](#)
[Detailansicht](#) | [Profilsuche](#)

[Mein beck-online](#)

[beck-online](#) | [beck-shop](#) | [beck-akademie](#) | [beck-stellenmarkt](#) | [beck-community](#) | [beck-aktuell](#)

[Hilfe](#) | [Akten](#) | [Treff](#) | [Home](#) | [AZ: \[ohne Akte\]](#) | [Logout](#)

Praxis der Kommunalverwaltung | B 9 aBW BW

Allgemeines | Klausur Ade/Bernd Klee/Stefan Metz/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Berit Adam/Erwin Ullmer

Suche: § 52 BWGemHVO erläutern

Jul 2012

4.1 Allgemeines

Geldanlagen sind aus dem Kassenbestand ausgeschiedene Finanzmittel der Gemeinde, die vorübergehend oder auch längerfristig nicht für Auszahlungen benötigt werden (s. o. Erl. 3.2). Darunter fallen auch die Mittel, die im laufenden Jahr oder in früheren Jahren ganz bewusst erwirtschaftet wurden, um in späteren Jahren auf Grund einer entsprechenden Liquiditätsplanung zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt werden zu können (die sog. Finanzierungsreserven, § 61 Nr. 15 GemHVO). Dazu zählen auch der angelegte Betrag einer zweckgebundenen Rücklage, etwa einer rechtlich unselbstständigen Stiftung, oder die erwirtschafteten Mittel aus langfristigen Rückstellungen.

Nicht unter den Begriff der Geldanlagen fallen Darlehen, die von der Gemeinde einem Dritten zur Erfüllung einer Gemeindefunktion gewährt werden bzw. die Gemeinde mit der Darlehensgewährung einer gemeindlichen Aufgabe nachkommt (z. B. Gewährung eines Darlehens an eine Kirchengemeinde zum Bau eines Kindergartens oder an einen örtlichen Verein zum Bau eines Vereinsheims) sowie der Erwerb von Wertpapieren (z. B. Aktien) zum Zwecke der Beteiligung. Keine Geldanlagen sind auch Kapitaleinlagen der Gemeinde bei Zweckverbänden oder anderen Zusammenschlüssen und das von der Gemeinde in ihre Sondervermögen mit Sonderrechnung eingebrachte Eigenkapital (insbes. die Ausstattung eines Eigenbetriebs mit Stammkapital). Auch Arbeitgeberdarlehen, die die Kommune ihren Mitarbeitern zum Bau bzw. Erwerb eines Eigenheims gewährt, oder Vorschüsse an Mitarbeiter etwa zur Beschaffung eines Kraftfahrzeugs, das für Dienstfahrten zugelassen werden soll, sind keine Geldanlagen. Vgl. zur Abgrenzung auch Schmid, Geldanlagen der Kommunen, KZ 2008 S. 29 ff. sowie Falß, Gemeindefinanzierung, 2000/58.

4.1 Allgemeines

- ☐ PdK NKHR BW - NKHR BW
- ☐ Band B 9 aBW BW
- ☐ PdK NKHR BW - NKHR BW
- ☐ Kommentar, Verordnung des Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden
- ☐ Gemeindefinanzierungsverordnung (GemHVO)
- ☐ VIERTER ABSCHNITT Liquidität und Rücklagen
- ☐ § 22 Liquidität
- ☐ Erläuterungen
- ☐ 4. Anlage liquider Mittel (Geldanlagen)
- ☐ **4.1 Allgemeines**
 - ☐ 4.2 Rechtliche Vorgaben: Sicherheit, Greifbarkeit, angemessener Ertrag
 - ☐ 4.3 Anlageformen

[Preise/Anmelden](#) | [Einstellungen](#) | [Wirtschaftsdatenbank](#) | [Impressum](#) | [Service](#) | [Schriftgrad: - A +](#) | [Feedback senden](#)

[Siehe auch...](#) | [Anmerkung](#)

Suche: sicherheit hat vorrang

Detailsuche ▾

Profisuche ▾

Home

Treffer

Akten

Logout

AZ: [ohne Akte]

[Suchen]

[Drucken]

[Zurück]

Klausur

Ade/Bernd Klee/Stefan Metzger/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Berit Adam/Erwin Ulmer

Praxis der Kommunalverwaltung

B 9 abW BW

Suche: sicherheit hat vorrang

Profisuche ▾

Detailsuche ▾

Profisuche ▾

Home

Treffer

Akten

Logout

AZ: [ohne Akte]

[Suchen]

[Drucken]

[Zurück]

Klausur

Ade/Bernd Klee/Stefan Metzger/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Berit Adam/Erwin Ulmer

Praxis der Kommunalverwaltung

B 9 abW BW

Suche: sicherheit hat vorrang

Profisuche ▾

Detailsuche ▾

Profisuche ▾

Home

Treffer

Akten

Logout

AZ: [ohne Akte]

[Suchen]

[Drucken]

[Zurück]

Klausur

Ade/Bernd Klee/Stefan Metzger/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Berit Adam/Erwin Ulmer

Praxis der Kommunalverwaltung

B 9 abW BW

Suche: sicherheit hat vorrang

Profisuche ▾

Detailsuche ▾

Profisuche ▾

Home

Treffer

Akten

Logout

AZ: [ohne Akte]

[Suchen]

[Drucken]

[Zurück]

Klausur

Ade/Bernd Klee/Stefan Metzger/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Berit Adam/Erwin Ulmer

Praxis der Kommunalverwaltung

B 9 abW BW

Suche: sicherheit hat vorrang

Profisuche ▾

Detailsuche ▾

Profisuche ▾

Home

Treffer

Akten

Logout

AZ: [ohne Akte]

[Suchen]

[Drucken]

[Zurück]

Klausur

Ade/Bernd Klee/Stefan Metzger/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Berit Adam/Erwin Ulmer

Praxis der Kommunalverwaltung

B 9 abW BW

Suche: sicherheit hat vorrang

Profisuche ▾

Detailsuche ▾

Profisuche ▾

Home

Treffer

Akten

Logout

AZ: [ohne Akte]

[Suchen]

[Drucken]

[Zurück]

Klausur

Ade/Bernd Klee/Stefan Metzger/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Berit Adam/Erwin Ulmer

Praxis der Kommunalverwaltung

B 9 abW BW

Suche: sicherheit hat vorrang

Profisuche ▾

Detailsuche ▾

Profisuche ▾

Home

Treffer

Akten

Logout

AZ: [ohne Akte]

[Suchen]

[Drucken]

[Zurück]

Klausur

Anlage 11: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung

URL: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl3.gl4.gl4.gl2.htm [15.08.2012].

[illegible]


Anlage 12: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung

URL: http://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl4.gl3.gl2.htm [19.08.2012]

[illegible]

Anlage 13: Onlinequelle Praxis der Kommunalverwaltung

URL: http://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm_pdk/PdK-BW-B9aBW/BWGemHVO/cont/PdK-BW-B9aBW.BWGemHVO.a2.p22.erlaeuterung.gl4.gl2.gl3.htm [12.08.2012].



[beck-aktuell](#)
[beck-community](#)
[beck-stellenmarkt](#)
[beck-akademie](#)
[beck-shop](#)
[beck-online](#)

Suche: verfügbarkeit bei bedarf

Detailsuche Profisuche

Home Treffer Akten Hilfe

AZ: [ohne Akte]

Logout

Verfügbarkeit bei Bedarf

Klaus Ade/Bernd Klee/Stefan Metzling/Karl Reif/Bernd Joachim Schindler/Bert Adam/Erwin Ulmer

B 9 abw BW

Praxis der Kommunalverwaltung

Kommunal- und Schul-Verlag

B 9 abw BW

Praxis der Kommunalverwaltung

4.2.3 Verfügbarkeit bei Bedarf

Das (stark jahresbezogene) kommunale Haushaltsrecht geht grundsätzlich nicht von einer längerfristigen Absonderung größerer Geldbeträge aus der Haushaltswirtschaft ohne konkrete Zweckbestimmung aus. Grundsätzlich sind es nur vorübergehend für den Haushaltsvollzug nicht benötigte Kassenmittel, die angelegt werden können und für ihren eigentlichen Zweck wieder rechtzeitig (=termingerecht) verfügbar bzw. greifbar sein müssen (§ 18 Abs. 1 Satz 3 GemHVO; § 22 Abs. 1 Satz 1 GemHVO). Es ist zu vermeiden, dass die Aufnahme eines Kassenkredits deshalb notwendig wird, weil eine Geldanlage nicht rechtzeitig wieder in liquide Mittel umgewandelt werden kann. Ist eine Überliquidität nur kurzfristig gegeben, muss eine längerfristige Geldanlage regelmäßig ausscheiden.

Nur wenige Kommunen verfügen über derart hohe Steuereinnahmen, die es ihnen erlauben, die Einzahlungen daraus, die auch für investive Zwecke oder die Schuldentilgung nicht vollständig benötigt werden, längerfristig anzulegen. Werden die Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen wie z. B. den Rückstellungen für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien (§ 41 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO) über entsprechende Einzahlungen erwirtschaftet, so sind die diesbezüglichen Mittel auch längerfristig anzulegen, da sie erst wieder bei der Stilllegung und Nachsorge einer geschlossenen Deponie benötigt werden.

15

16

Literaturverzeichnis

- Ade, Klaus/Böhmer, Dr. Roland/Brettschneider, Dieter/Herre, Andrea/Lang, Manfred/Notheis, Klaus/Steck, Bernd/Faiß, Konrad/Giebler, Peter: Kommunales Wirtschaftsrecht in Baden-Württemberg. Systematische Darstellung zur Finanzwirtschaft der Kommunen, 8. Auflage, Stuttgart, 2011.
- Albrecht, Peter/Maurer, Raimond: Investment- und Risikomanagement. Modelle, Methoden, Anwendungen, 2. Auflage, Stuttgart, 2005.
- Bacher, Urban: Bankmanagement kompakt. Kompendium der Betriebswirtschaftslehre der Banken, 3. Auflage, Konstanz, 2011.
- Benicke, Christoph: Wertpapiervermögensverwaltung, Tübingen, 2006 (= Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht 84).
- Bigus, Jochen/Leyens, Patrick C.: Einlagensicherung und Anlegerentschädigung, Tübingen, 2008.
- Bitz, Michael/Stark, Gunnar: Finanzdienstleistungen. Darstellung, Analyse, Kritik, 8. Auflage, München, 2008.
- Bock, Irmtraud/Fabijancic-Müller, Kristina/Stingl, Johannes/Schwink, Miriam: Gemeinden und Stiftungen. Studie zur Gründung von Stiftungen auf kommunaler Ebene zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und öffentlicher Zwecke, Stuttgart, 2006 (= Schriftenreihe des Gemeindetags Baden-Württemberg – Band 8).

Eisen, Matthias: Haftung und Regulierung internationaler Rating-Agenturen, Frankfurt, 2007 (= Frankfurter wirtschaftsrechtliche Studien 84).

Ellgering, Dr. Ingo/Rüdelstein, Konrad/Engel, Dagmar: Die wichtigsten Formen der Geldanlage in Stichworten, 11. Auflage, Stuttgart, 1997.

Erbs, Georg/Kohlhaas, Max: Strafrechtliche Nebengesetze mit Straf- und Bußgeldvorschriften des Wirtschafts- und Verwaltungsrechts. 189. Auflage, München, 2012.

Farny, Dieter: Versicherungsbetriebslehre, 4. Auflage, Karlsruhe, 2006.

Foitzik, Rainer/Schmidt, Wolfgang/Schwarz, Hans-Joachim: Finanzdienstleistungen für Privat- und Gewerbekunden. Fach- und Führungskompetenz für die Assekuranz, Karlsruhe, 2011.

Grunow, Dr. Hans-Werner/Figgner, Dr. Stefanus: Handbuch Moderne Unternehmensfinanzierung. Strategien zur Kapitalbeschaffung und Bilanzoptimierung, Berlin/Heidelberg, 2006.

Gschwandtner, Markus: Einlagensicherung in Deutschland: Nationale Besonderheiten erhalten, in Bank und Markt Heft 11, November 2008.

Hagemann, Michael: „Grauer“ Kapitalmarkt und Strafrecht. Osnabrücker Abhandlungen zum gesamten Wirtschaftsstrafrecht 3, Osnabrück, 2005.

Hallman, Thorsten: Reader zum Thema Controlling in Versicherungsunternehmen. Band 2, Karlsruhe, 2001.

Hirt, Andrea/Nann, Pro. Dr. Werner (Hrsg.): Die Reform der Offenen Immobilienfonds 2010/2011. Grundlagen, Ablauf und Auswirkungen. Immobilienbewertung & Immobilienrecht bei internationalen Investitionen, Berlin, 2011.

May, Hermann: Geldanlage. Vermögensbildung, 4. Auflage, München, 2009.

Meyn, Christian/Richter, Andreas/Koss, Claus: Die Stiftung. Umfassende Erläuterungen, Beispiele und Musterformulare für die Rechtspraxis, 2. Auflage, Freiburg, 2009.

Schlütz, Johannes/Springer, Christian/Seipel, Alexander: Financial Planning 3. Anlageinstrumente: Finanzanlagen – Immobilieninvestments – Beteiligungen – Versicherungen, Stuttgart, 2008.

Scott, David L./Oetjen, Almut (Übersetzer)/Scheele, Ulrich (Übersetzer)/Wacker, Holger (Übersetzer): Wall Street-Wörterbuch. Börsenlexikon von A bis Z für den Investor von heute (Englisch-Deutsch / Deutsch-Englisch), 2. Auflage, München/Wien, 2000.

Rundschreiben/ Mitteilungen:

GPA, GPA-Mitteilung 20/2000. Kommunalwirtschaftliche Anforderungen an die Sicherheit, Greifbarkeit und einen angemessenen Ertrag bei kurzfristigen Geldanlagen , Az. 912.21; 921.60, 2000.

GPA, GPA-Mitteilung 4/2009. Einsatz derivativer Finanzprodukte bei kommunalen Beteiligungsgesellschaften, Az. 800.043. 2009.

Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände: An den Vorsitzenden des Finanzausschusses Herrn Dr. Volker Wissing. Öffentliche Anhörung zu Zinsswap-Geschäften deutscher Banken mit Gemeinden und mittelständischen Unternehmen, 2011.

Erklärung nach § 36 APrO

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum, Unterschrift